



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Julia Maria Bratke

Die Erklärungskraft neuer Cleavage-Ansätze. Eine Analyse des AfD-Ergebnisses bei der Bundestagswahl 2013

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
SoSe 2015

Inhaltsverzeichnis

VARIABLENVERZEICHNIS	ii
TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS	iii
1 EINLEITUNG	1
2 THEORETISCHE GRUNDLAGEN	4
2.1 MAKROSOZIOLOGISCHER CLEAVAGE-ANSATZ	4
2.2 MODIFIKATION DES CLEAVAGE-ANSATZES	9
2.2.1 KONFLIKT ZWISCHEN STAAT UND KIRCHE	9
2.2.2 KONFLIKT ZWISCHEN ARBEIT UND KAPITAL	10
2.2.3 KONFLIKT ZWISCHEN ZENTRUM UND PERIPHERIE	14
2.2.4 KONFLIKT ZWISCHEN STADT UND LAND	18
2.2.5 NEUE CLEAVAGE-KONZEPTE	18
2.2.6 ZUSAMMENFASSUNG	21
3 DATEN UND METHODEN	22
4 EMPIRISCHE AUSWERTUNG UND ERGEBNISSE	28
4.1 RELIGIÖS-KONFESSIONELLE KONFLIKTLINIE	30
4.2 ÖKONOMISCHE KONFLIKTLINIE	32
4.3 KULTURELLE KONFLIKTLINIE	35
4.4 KOSMOPOLITISCHE KONFLIKTLINIE	40
5 FAZIT	43
6 LITERATURVERZEICHNIS	45
ANHANG	55
EIGENSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG	66

Variablenverzeichnis

Variable	Ausprägung	Operationalisierung
Abhängige Variable		
Wahl der AfD	{0; 1}	Die Person hat bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 nicht mit ihrer Zweitstimme die AfD gewählt (Ausprägung 0) vs. Die Person hat bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 mit ihrer Zweitstimme die AfD gewählt (Ausprägung 1)
Unabhängige Variablen: Religiös-konfessionelle Konfliktlinie		
Kirchgang	{1; 2; 3; 4; 5; 6; 7}	Wie häufig gehen Sie gewöhnlich zum Gottesdienst? (1) Nie (2) Einmal im Jahr (3) Mehrmals im Jahr (4) Einmal im Monat (5) Zwei- bis dreimal im Monat (6) Einmal in der Woche (7) Öfter
Religiosität	{1; 2; 3; 4}	Was würden Sie von sich sagen? (1) Überhaupt nicht religiös (2) Nicht sehr religiös (3) Etwas religiös (4) Sehr religiös

Katholik	{0; 1}	Die Person ist kein Katholik (Ausprägung 0) vs. Die Person ist Katholik (Ausprägung 1)
Protestant	{0; 1}	Die Person ist kein Protestant (Ausprägung 0) vs. Die Person ist Protestant (Ausprägung 1)
Mitglied einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft	{0; 1}	Die Person ist kein Mitglied einer anderen christlichen Religions- gemeinschaft (Ausprägung 0) vs. Die Person ist Mitglied einer anderen christlichen Religions- gemeinschaft (Ausprägung 1)
Mitglied einer anderen nicht-christlichen Religionsgemeinschaft	{0; 1}	Die Person ist kein Mitglied einer anderen nicht-christlichen Religi- onsgemeinschaft (Ausprägung 0) vs. Die Person ist Mitglied einer anderen nicht-christlichen Religi- onsgemeinschaft (Ausprägung 1)
Konfessionslos	{0; 1}	Die Person ist nicht konfessionslos (Ausprägung 0) vs. Die Person ist konfessionslos (Ausprägung 1)

Unabhängige Variablen: Ökonomische Konfliktlinie		
Gewerkschaft	{0; 1}	Die Person ist nicht Mitglied einer Gewerkschaft (Ausprägung 0) vs. Die Person ist Mitglied einer Gewerkschaft (Ausprägung 1)
Arbeiter	{0; 1}	Die Person ist kein Arbeiter (Ausprägung 0) vs. Die Person ist Arbeiter (Ausprägung 1)
Arbeiterschicht	{0; 1}	Die Person ordnet sich subjektiv nicht in die Arbeiterschicht ein (Ausprägung 0) vs. Die Person ordnet sich subjektiv in die Arbeiterschicht ein (Ausprägung 1)
Marktfreiheit	{1; 2; 3; 4; 5}	Was halten Sie von folgender Aussage: Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten. (1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Teils/teils (4) Stimme eher nicht zu (5) Stimme überhaupt nicht zu
Steuern	{1; 2; 3; 4; 5; 6; 7; 8; 9; 10; 11}	Wie ist Ihre Position zum Thema Steuern und sozialstaatliche Leistungen?

		<p>(1) wenig Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet</p> <p>(2)</p> <p>(3)</p> <p>(4)</p> <p>(5)</p> <p>(6)</p> <p>(7)</p> <p>(8)</p> <p>(9)</p> <p>(10)</p> <p>(11) mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet</p>
Frauenquote	{1; 2; 3; 4; 5}	<p>Was halten Sie von folgender Aussage: Für die Besetzung von Aufsichtsräten großer Unternehmen sollte es eine gesetzlich verankerte Frauenquote geben.</p> <p>(1) Stimme voll und ganz zu</p> <p>(2) Stimme eher zu</p> <p>(3) Teils/teils</p> <p>(4) Stimme eher nicht zu</p> <p>(5) Stimme überhaupt nicht zu</p>
Einkommensunterschied	{1; 2; 3; 4; 5}	<p>Was halten Sie von folgender Aussage: Die Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um die</p>

		<p>Einkommensunterschiede zu verringern.</p> <p>(1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Teils/teils (4) Stimme eher nicht zu (5) Stimme überhaupt nicht zu</p>
Bildung	{1; 2; 3; 4; 5; 6; 9}	<p>Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?</p> <p>(1) Schule beendet ohne Abschluss (2) Hauptschulabschluss, Volksschulabschluss, Abschluss der polytechnischen Oberschule 8. oder 9. Klasse (3) Realschulabschluss, Mittlere Reife, Fachschulreife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule 10. Klasse (4) Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.) (5) Abitur bzw. erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife) (6) Anderen Schulabschluss, und zwar: (9) Bin noch Schüler</p>

Unabhängige Variablen: Kulturelle Konfliktlinie		
Schuldenkrise	{1; 2; 3; 4; 5}	<p>Was halten Sie von folgender Aussage: In Zeiten der europäischen Schuldenkrise sollte Deutschland EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.</p> <p>(1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Teils/teils (4) Stimme eher nicht zu (5) Stimme überhaupt nicht zu</p>
Einwanderer	{1; 2; 3; 4; 5}	<p>Was halten Sie von folgender Aussage: Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen.</p> <p>(1) Stimme voll und ganz zu (2) Stimme eher zu (3) Teils/teils (4) Stimme eher nicht zu (5) Stimme überhaupt nicht zu</p>
Zuzugsmöglichkeit	{1; 2; 3; 4; 5; 6; 7; 8; 9; 10; 11}	<p>Wie ist ihre Position zum Thema Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer?</p> <p>(1) Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden (2)</p>

		<p>(3)</p> <p>(4)</p> <p>(5)</p> <p>(6)</p> <p>(7)</p> <p>(8)</p> <p>(9)</p> <p>(10)</p> <p>(11) Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten einge- schränkt werden</p>
Unabhängige Variablen: Kosmopolitische Konfliktlinie		
Volksentscheid	{1; 2; 3; 4; 5}	<p>Was halten Sie von folgender Aussage: Bürger sollten einen bindenden Volksentscheid auf Bundesebene herbeiführen können.</p> <p>(1) Stimme voll und ganz zu</p> <p>(2) Stimme eher zu</p> <p>(3) Teils/teils</p> <p>(4) Stimme eher nicht zu</p> <p>(5) Stimme überhaupt nicht zu</p>
Energieversorgung	{1; 2; 3; 4; 5}	<p>Was halten Sie von folgender Aussage: Die Energieversorgung sollte auch durch die Nutzung von Atomkraft gesichert werden.</p> <p>(1) Stimme voll und ganz zu</p> <p>(2) Stimme eher zu</p> <p>(3) Teils/teils</p> <p>(4) Stimme eher nicht zu</p> <p>(5) Stimme überhaupt nicht zu</p>

Land	{0; 1}	Die Person lebt nicht auf dem Land (Ausprägung 0) vs. Die Person lebt auf dem Land (Ausprägung 1)
Kontrollvariablen		
Parteilbindung	{0; 1}	Die Person hat keine Parteilbindung zur AfD (Ausprägung 0) vs. Die Person hat eine Parteilbindung zur AfD (Ausprägung 1)
Einkommen	{1; 2; 3; 4; 5; 6; 7; 8; 9; 10; 11; 12; 13}	Wie hoch ist das monatliche Netto- Einkommen Ihres Haushaltes insgesamt? (1) Unter 500 Euro (2) 500 bis unter 750 Euro (3) 750 bis unter 1000 Euro (4) 1000 bis unter 1250 Euro (5) 1250 bis unter 1500 Euro (6) 1500 bis unter 2000 Euro (7) 2000 bis unter 2500 Euro (8) 2500 bis unter 3000 Euro (9) 3000 bis unter 4000 Euro (10) 4000 bis unter 5000 Euro (11) 5000 bis unter 7500 Euro (12) 7500 bis unter 10000 Euro (13) 10000 Euro und mehr

Geschlecht	{0; 1}	Die Person ist weiblich (Ausprägung 0) vs. Die Person ist männlich (Ausprägung 1)
Alter	{1910...1995}	Würden Sie mir bitte Ihr Geburts- jahr nennen?
Wirtschaftslage	{1; 2; 3; 4; 5}	Was glauben Sie, wie wird die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein? (1) Wesentlich besser (2) Etwas besser (3) Gleich geblieben (4) Etwas schlechter (5) Wesentlich schlechter

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Wirkung der vier Konfliktlinien einschließlich der Kontrollvariablen auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013.....	28
Tabelle A1	Wirkung der vier Konfliktlinien und detaillierte Darstellung der weiteren unabhängigen Variablen auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013.....	55

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan.....	6
Abbildung A1	Frauke Petry „Einwanderung braucht strikte Regeln.....	57
Abbildung A2	Überprüfung Multikollinearität.....	58

1 Einleitung

Die Alternative für Deutschland ist seit den 1950er Jahren die schnellste erfolgreiche Parteigründung in der Bundesrepublik Deutschland. Offiziell gegründet am 06. Februar 2013 erzielte die eurokritische Partei bei der siebeneinhalb Monate späteren Bundestagswahl aus dem Stand 4,7 Prozent und scheiterte nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde (Franzmann 2014: 115). Es fehlten nur rund 125.000 Stimmen zum Einzug in den Deutschen Bundestag. Keiner anderen Kleinstpartei ist es zuvor gelungen kurz nach ihrer Gründung so nahe an die Fünf-Prozent-Schwelle zu gelangen (Schmitt-Beck 2014: 94). Im Vergleich dazu erreichten die Grünen bei ihrer ersten Bundestagswahl 1980 1,5 und die Piraten zwei Jahre nach ihrer Gründung bei der Wahl 2009 zwei Prozent (Franzmann 2014: 115). Auch die Mitgliederzahl wuchs rasant an. Kurz nach ihrer Gründung verzeichnete die Partei nach eigenen Angaben 5.000 Unterstützer, im Mai desselben Jahres umfasste sie bereits 13.000 (Krautkrämer 2014: 20, 35).

Doch wie lässt sich dieser blitzartige Aufstieg der Ein-Themenpartei erklären, die in der Öffentlichkeit aufgrund ihrer Anti-Euro-Rhetorik oftmals als rechtspopulistisch „abgestempelt“ wird? Bislang wurde der Wahlerfolg der Alternative für Deutschland rein sozialstrukturell analysiert. Laut Forschungsgruppe Wahlen e. V. findet man vor allem berufstätige Männer und Konfessionslose mit mittlerer Bildung unter der Wählerschaft. Unterstützer gibt es aber auch in allen Berufsgruppen einschließlich der Arbeiterschaft (2013a: 42-52). Rüdiger Schmitt-Beck untersuchte mit einer breiter angelegten Analyse möglicher Prädiktoren den Beinah-Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2013. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die AfD vor allem Unterstützer in den Reihen fand, die mit der Arbeit der bisherigen Bundesregierung unzufrieden sind, die Finanzhilfen für überschuldete Euro-Mitgliedsländer ablehnen, die Zukunft der deutschen Wirtschaft pessimistisch einstufen und solche Wähler, die die Euro-Krise als das größte Problem des Landes ansehen (Schmitt-Beck 2014: 111).

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es nicht, das Wahlergebnis rein sozialstrukturell zu untersuchen, zumal bereits in diese Richtung einige Forschungsergebnisse vorhanden sind. Vielmehr soll der Fokus der Arbeit auf der Analyse des Resultates mithilfe der

neuen Cleavage-Ansätze liegen, ob es bestimmte Eigenschaften oder Merkmale gibt, die die AfD-Wählerschaft kennzeichnen.

In der Parteienforschung wird über die Anzahl und Art der Cleavages, die den nationalen Parteienwettbewerb prägen, stark diskutiert. Ausgehend von den klassischen vier Konfliktlinien nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan aus dem Jahre 1967 gibt es zahlreiche Analysen über deren Erklärungskraft für das Wahlverhalten, die mögliche Weiterentwicklung der Interessenskonflikte sowie die Einbindung neuer Ansätze in das Cleavage-Konzept. Einigkeit besteht für Westeuropa in der Literatur darin, dass sich infolge des sozialen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels die traditionellen Milieus des Katholizismus und der Arbeiterschaft auflösten und somit ihre Prägungskraft verloren. Dennoch bestätigen einige empirische Untersuchungen für Deutschland die Erklärungskraft sozioökonomischer und religiös-konfessioneller Cleavages für das Wahlverhalten (Arzheimer/Schoen 2007; Wolf 1996).

Neuere Analysen gehen davon aus, dass die Globalisierung zumindest in sechs westeuropäischen Ländern, darunter in Deutschland, Frankreich und Österreich zu einer Weiterentwicklung der kulturellen und ökonomischen Konfliktlinie geführt hat (Kriesi/Grande/Lachat/Dolezal/Bornschier/Timotheos 2008).

Vor diesem Hintergrund soll nun die Frage geklärt werden, inwieweit die Cleavage-Ansätze etwas dazu beitragen können, das Wahlverhalten der AfD-Wähler bei der Bundestagswahl 2013 zu erklären. Besitzen alle Konfliktlinien im gleichen Maße Erklärungskraft?

Die Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 2 werden die theoretischen Grundlagen dargestellt. Zunächst wird der makrosoziologische Cleavage-Ansatz nach Seymour Lipset/Rokkan erläutert, da dieser als Grundlage für die Weiterentwicklung der Konfliktlinien dient. Anschließend werden die vier klassischen Spannungslinien an neuere, aktuellere Konstellationen transformiert und die Frage beantwortet, ob sich im Laufe der Zeit zusätzlich neue Cleavages entwickelt haben. Dann folgt die Erläuterung des methodischen Vorgehens im dritten Abschnitt. Der Hauptfokus dieser Arbeit liegt im folgenden vierten Kapitel, dort werden die empirischen Ergebnisse der quantitativen Methode präsentiert. Im Schlusskapitel werden die zentralen Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst,

um die Ausgangsfrage nach der Erklärungskraft der Cleavage-Ansätze zu beantworten.

2 Theoretische Grundlagen

Im zweiten Kapitel werden die theoretischen Grundlagen erläutert, die als Basis für die empirische Analyse dienen. Zunächst wird der klassische makrosoziologische Cleavage-Ansatz nach Lipset/Rokkan dargelegt. In einem zweiten Schritt werden dann die vier Konfliktlinien weiterentwickelt und an neuere, aktuellere Konfliktsituationen transformiert sowie deren Anwendbarkeit auf Deutschland geprüft. Außerdem stellt sich die Frage, ob neue Cleavages im Laufe der Zeit entstanden sind. Im Anschluss folgt eine kurze Zusammenfassung der modifizierten Konfliktlinien für das deutsche Parteiensystem.

2.1 Makrosoziologischer Cleavage-Ansatz

Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan zielten mit ihrem Aufsatz „*Cleavage Structures, Party System and, Voter Alignments*“ aus dem Jahre 1967 nicht primär darauf ab, individuelles Wahlverhalten zu erklären, sondern den Autoren ist die Rekonstruktion der Entstehung westeuropäischer Parteiensysteme gelungen.

Das Konzept knüpft an das systemtheoretische Modell nach Talcott Parsons an. Ausgehend von dem AGIL-Schema¹, gehen Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan davon aus, dass sich im Laufe des 19. Jahrhunderts in den westeuropäischen Gesellschaften sogenannte „*critical lines of cleavages*“ (Lipset/Rokkan 1967: 14) als Folge der Nationalstaatsbildung und der industriellen Revolution entwickelt haben.

Allerdings gehen die Autoren nicht weiter auf den Begriff *Cleavage* ein. Jedoch stellen sie klar, dass die Konfliktlinien aus den gesellschaftlichen Strukturen entstehen und politische Konsequenzen nach sich ziehen (Lipset/Rokkan 1967: 6-9). In der Literatur gibt es „*no single coherent definition of what cleavages actually are*“ (Römmele 1999: 4). Eric Elmar Schattschneider interpretiert den Begriff im Sinne einer Trennlinie zwischen politischen Konflikten. Für ihn gibt es in jeder

¹ In dem AGIL-Schema nach Talcott Parson geht es um die vier Funktionen: adaption (Anpassung), goal attainment (Zielerreichung), integration (Integration) und latency (Strukturerhaltung) von sozialen Systemen (Lipset/Rokkan 1967: 7)

Gesellschaft eine Vielzahl von möglichen potenziellen Kontroversen, doch nur wenige werden signifikant.

Welche davon in politische Konflikte transformiert werden, ist abhängig von den strategischen Entscheidungen der Parteien und ist eine Antwort auf die Frage „*which battle do we want most to win?*“ (Schattschneider 1964: 67). Jedoch sind die Trennlinien für Schattschneider veränderlich. Jede Verschiebung wirkt sich auf die Art des Konfliktes aus und produziert Gewinner und Verlierer (Schattschneider 1964: 62-67).

Cleavages können aber auch als soziale Spaltungen bezeichnet werden, die die Bevölkerung in einzelne Gruppen separieren (Bartolini/Mair 1990: 198). Die Definition von Rae/Taylor (1970) umfasst sowohl die eine als auch die andere Interpretationsmöglichkeit:

„A cleavage is merely a division of a community – into religious groups, opinion groups, or voting groups, for example. Formally, we define “cleavage” as a family of sets of individuals” (Rae/Taylor 1970: 23).

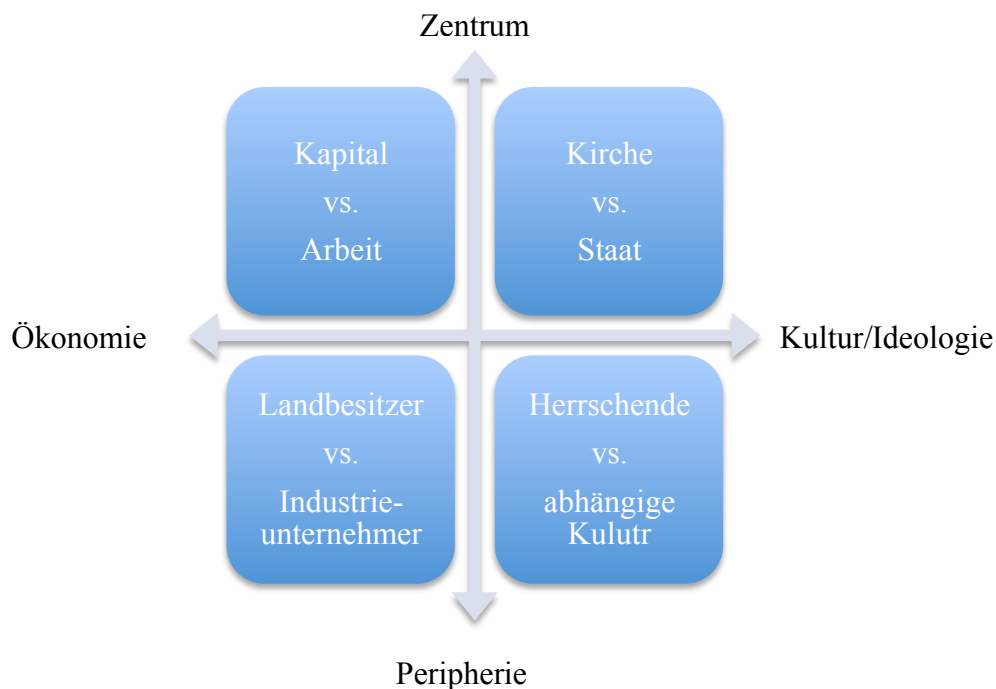
Doch viele Sozialwissenschaftler verbinden mit dem Begriff Cleavage mehr als nur die bloße Existenz politischer Konflikte. So bezeichnet Franz Urban Pappi Cleavages als einen *„dauerhafte[n] politische[n] Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat“* (1977: 195). Eine ähnliche Definition findet man bei Römmele:

„cleavages are long-term structural conflicts that give rise to opposing positions that competing political organizations represent“ (1999: 7).

Das umfassendste Konzept zur Bestimmung von Cleavages entwickelten Bartolini/Mair. Sie unterlegen dem Cleavage-Konzept drei Ebenen von Elementen: ein Empirisches, welches in sozial-strukturellen Begriffen definiert werden kann; ein Normatives, welches die Werte und Gefühle einer Identität enthält und das Selbstbewusstsein der sozialen Gruppe reflektiert sowie ein organisatorisches/verhaltensbezogenes Element, welches individuelle Interaktionen, Institutionen und Organisationen wie beispielsweise politische Parteien als Teil eines Cleavages herausbildet (Bartolini/Mair 1990: 199).

Lipset/Rokkan unterscheiden insgesamt vier grundlegende Cleavages, die die Entstehung westeuropäischer Parteiensysteme beeinflusst haben.

Abbildung 1: Konfliktlinien nach Lipset/Rokkan



Eigene Darstellung, nach Lipset/Rokkan (1967: 10, 14).

1. Kirche vs. Staat: Infolge der Französischen Revolution hat sich der Konflikt zwischen Staat und Kirche herausgebildet. Der Gegensatz drehte sich nicht nur um die alten Rechte und Privilegien der Kirche, sondern „*the fundamental issue was one of morals, of the control of community norms*“ (Lipset/Rokkan 1967: 15) und fokussierte sich vor allem auf den Bereich Bildung.

2. Zentrum vs. Peripherie: Konflikt zwischen der nationalen Kultur und Vertretern von ethnischen, sprachlichen oder religiösen Minderheiten in den Peripherien, die sich der Nationalstaatsbildung widersetzen.

3. Stadt vs. Land: Seit dem Mittelalter wurden die widerstreitenden Interessen und Werthaltungen der städtischen und ländlichen Gebiete in jeweils einer eigenen Ständevertretung anerkannt. Das spektakuläre Wachstum des Welthandels und der Industrieproduktion im Zuge der industriellen Revolution intensivierte den Konflikt zwischen den Primärerzeugern auf dem Land und Unternehmern sowie Kaufleuten in den Städten. Der Gegensatz zwischen ländlichen und städtischen Interessen manifestierte sich auf das Preisniveau von landwirtschaftlichen Produkten auf dem Rohstoffmarkt.

Lipset/Rokkan fokussieren sich auf die drei erstgenannten Konfliktlinien, da diese ihrer Meinung nach für die Unterschiede in den einzelnen westeuropäischen

Parteiensystemen verantwortlich sind. Der nachfolgende Konflikt soll vor allem die Gemeinsamkeiten erklären. Im Zuge der frühen Industrialisierungswellen haben sich in allen europäischen Ländern Arbeiterbewegungen herausgebildet.

4. Arbeit vs. Kapital: Konflikt zwischen der neu entstandenen Arbeiterklasse auf der einen Seite und Besitzern von Kapital auf der anderen.

Der Zentrum-Peripherie- und der Kirche-Staat-Konflikt sind laut Lipset/Rokkan direkte Produkte der Nationalbildung. Hingegen der Konflikt zwischen Stadt und Land sowie Arbeit-Kapital-Konflikt sind die Folge der industriellen Revolution (Lipset/Rokkan 1967: 9-26, 46-47).

Mit dem Anbruch der Epoche der Demokratisierung waren die Potenziale für die Entwicklung der Parteiensysteme abgesteckt. Doch Lipset/Rokkan betonten, dass „*the cleavages do not translate themselves into party oppositions as a matter of course*“ (1967: 26). Vielmehr hängt die Transformation der Cleavages in entsprechende Parteienkonfiguration davon ab, ob die von einem solchen Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen die vier verschiedenen Schwellen überwinden können:

1. *Schwelle der Legitimation*: Die Proteste gegen die herrschenden Eliten müssen legitim sein und dürfen nicht von vornherein als konspirativ abgelehnt werden.
2. *Schwelle der Inkorporation*: Die Anhänger der Oppositionsbewegungen müssen politische Rechte besitzen, ohne diese können sie ihren Forderungen keinen Nachdruck verleihen.
3. *Repräsentationsschwelle*: Darunter wird der Einzug ins Parlament verstanden. Zu unterscheiden ist, ob es der Gruppe alleine oder in einem Bündnis mit einer anderen Partei gelingt.
4. *Schwelle der majority power*: Sie entscheidet, ob die Oppositionsbewegungen ihre Forderungen zu gesellschaftlich verbindlichen Regeln machen kann oder ob ihr Schranken z. B. in Form von checks and balances gesetzt sind.

Hinsichtlich der vier oben genannten Schwellen ist es nicht verwunderlich, dass der Oppositionsführer auf die Gründung einer eigenen Partei verzichtet und sich in der Phase der Demokratisierung einer bereits Etablierten anschließt, die mit Sicherheit ins Parlament einzieht. Folglich wird das Format des Parteiensystems nicht vollständig von der Konstellation der Konfliktlinien determiniert, sondern wird auch von den Entscheidungen der Führer einer sozialen Großgruppe bestimmt (Lipset/Rokkan 1967: 26-33).

Ist eine gesellschaftliche Großgruppe mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ein dauerhaftes Bündnis mit einer Partei eingegangen, dann votieren die Cleavage-Mitglieder bei Wahlen regelmäßig für „ihre“ Bündnispartei.

Die Gruppenzugehörigkeit kann sich einerseits über die Bindung an eine dominante Kultur definieren. Personen votieren mit ihrer Gemeinschaft unabhängig von ihren ökonomischen Interessen. Andererseits kann die Gruppenzugehörigkeit auf der Bindung an eine soziale Schicht oder deren kollektiven materiellen Interessen beruhen, dann votieren Personen mit anderen, die sich in der gleichen materiellen Situation befinden (Lipset/Rokkan 1967: 13).

An dieser Stelle erlaubt die makrosoziologische Parteiensystemanalyse indirekte Aussagen über das individuelle Wahlverhalten (Schoen 2014: 181).

Lipset/Rokkan brechen ihre historische Analyse mit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts ab mit der Begründung, dass die Parteiensysteme mit den Cleavage-Strukturen der 1920er Jahren eingefroren sind.

„The party system of the 1960's reflect with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's [...] the party alternatives, and in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates“ (Lipset/Rokkan 1967: 50).

Sie stützen ihre Stabilitätshypothese auf die Tatsache, dass die Mehrheit der Parteien, die bereits am Ende des Ersten Weltkrieges existierten, nicht nur den Faschismus und den Nationalsozialismus, sondern einen weiteren Weltkrieg und eine Reihe von tiefgreifenden sozialen und kulturellen Veränderungen des politischen Systems überlebt haben. Die damit verbundene Frage nach der Ursache der Stabilität lässt sich nicht leicht beantworten. Laut Lipset/Rokkan ist es diesen Parteien gelungen, vor der vollständigen Massenmobilisierung, einerseits Massenorganisationen aufzubauen und andererseits an lokalen Regierungen mitzuwirken und konnten somit die neue Wählerschaft an sich binden. Die Etablierungschancen von neuen Parteien, die nach der Ausweitung des vollständigen Wahlrechts entstanden sind, war relativ gering, da sie mit einer Wählerschaft konfrontiert war, die bereits von den älteren Parteien fast vollständig mobilisiert war (Lipset/Rokkan 1967: 50-51).

2.2 Modifikation des Cleavage-Ansatzes

Im folgenden Unterkapitel wird der Frage nachgegangen, wie lange die klassischen vier Konfliktlinien nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan in der Wählerschaft sowie in der politischen Ausrichtung der Parteien erkennbar waren. Lassen sich die westeuropäischen Parteiensysteme heute noch auf die Konfliktlinien von 1920 zurückführen oder haben sich die Cleavages in andere, aktuellere Konstellationen transformiert? Hinzu kommt die Frage, ob sich in den letzten Jahren durch die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen neue zusätzliche Cleavages herausgebildet haben.

2.2.1 Konflikt zwischen Staat und Kirche

Im Zuge des allgemeinen Säkularisierungstrends seit Anfang der 1970er Jahre ist ein religiöser Wandel in Westeuropa feststellbar. Die zunehmende Entkirchlichung veränderte das Gottesbild von einem allmächtigen Schöpfergott zu einem abstrakten Prinzip und führte zu einer abnehmenden Zentralität religiöser Vorstellungen sowie dem Schwinden überkommener Glaubensvorstellungen (Jagodzinski 1995: 280). Eine weitreichende Veränderung der Sozialstruktur war die Folge. In ganz Westeuropa schmolz der Bestand der Kernmitglieder der katholischen wie auch der evangelischen Kirche. Der Wandel der traditionellen Religiosität verläuft in den westeuropäischen Ländern mit einer zeitlichen Verschiebung und unterschiedlicher Geschwindigkeit ab (Jagodzinski 1995: 264). In den skandinavisch-protestantischen Ländern ist die kirchliche Desintegration weiter vorangeschritten als in katholischen Gesellschaften, einerseits infolge der asymmetrischen Entwicklung des Protestantismus und des Katholizismus, andererseits nimmt mit dem ökonomischen Fortschritt die kirchliche Integration ab (Jagodzinski/Dobbelaere 1993: 75-79).

„Das Schrumpfen einer Cleavage-Gruppe an sich sagt noch nichts über die politische Prägekraft einer Konfliktlinie aus“ (Schoen 2014: 212). Dennoch ist im Zeitverlauf ein Rückgang der Wirkung der Konfessionszugehörigkeit auf die Wahlentscheidung feststellbar und gleichzeitig eine Intensivierung der Religionswahl (Wolf 1996: 724-730). Ein Gegensatz zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen ist somit an die Seite der konfessionellen Spannungslinie in Westeuropa getreten, ohne diese aber abgelöst zu haben (Schoen 2014: 219).

In Deutschland wurde die religiöse Konfliktlinie bereits zu Beginn der 1950er Jahre transformiert mit den Parteigründungen der CDU und CSU, die als Allianz zwischen den religiösen Traditionalisten der beiden großen Kirchen in Deutschland, den Katholiken und Protestanten (Pappi 1984: 17-21). Durch die Wiedervereinigung 1990 wurde diese Entwicklung noch beschleunigt, da es nicht wie vorhergesagt zu einer Stärkung der Protestanten geführt hat, sondern zu einem Anstieg der säkularisierten Bevölkerung (Dolezal 2008: 210).

Der Staat-Kirche-Cleavage wird in der nachfolgenden empirischen Analyse als religiös-konfessionelle Konfliktlinie bezeichnet, da durch die Weiterentwicklung um den Konflikt zwischen Religiösen und Nichtreligiösen die klassische Benennung nach Lipset/Rokkan nicht mehr zutreffend ist.

2.2.2 Konflikt zwischen Arbeit und Kapital

Im fortlaufenden klassischen Arbeit-Kapital-Cleavage zeichnen sich in Westeuropa vorläufig zwei Modifikationen in Form einer Erweiterung der sozialen Basis und eines Gegensatzes zwischen Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit ab.

Nicht nur das traditionelle sozial-moralische Milieu des Katholizismus löste sich auf, sondern auch das der Arbeiterschaft. Im Zuge des technologischen Fortschrittes kam es in allen westlichen, hoch entwickelten Gesellschaften seit den 1960er Jahren zu einem beschleunigten Beschäftigungsabbau in der Industrie. Die Folge war, dass bis Ende der 1980er Jahre in allen sozialdemokratischen Parteien der Arbeitnehmeranteil meist deutlich zurückgegangen ist. Dennoch ist diese Quote im Vergleich zur Gesamtwählerschaft immer noch überproportional (Merkel 1993: 24, 79; Meyer 1998: 68). Seit den 1970er Jahren wurde der Schrumpfungsprozess durch einen kontinuierlichen Anstieg neuer Berufe im Dienstleistungssektor begleitet (Merkel 1993: 24). Laut Müller handelt es bei der neuen Mittelklasse der Angestellten und Beamten um eine heterogene Subgruppe (Müller 1998: 7), die „*keine gewachsenen Bindungen an die Parteien aufweist*“ (Mielke 2001: 87).

Der Wandel der gesamtgesellschaftlichen Erwerbsstruktur führte in Westeuropa zu einer Abschwächung des Klassenkonfliktes zwischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Speziell in Deutschland sank der Arbeiteranteil im Zeitraum von 1975 bis 1990 um fast 20 Prozentpunkte auf 34,4 Prozent (Merkel 1993: 77).

Der Ausgangspunkt der Fortentwicklung des traditionellen klassischen Arbeit-Kapital-Cleavages ergibt sich für Kriesi et al. aus der zunehmenden Globalisierung, welche im europäischen Kontext in erster Linie als Europäische Integration verstanden wird. Globalisierung wird als ein Prozess der Denationalisierung angesehen, welcher zu einer Senkung und Entflechtung nationaler Grenzen führt.

Kriesi et al. nehmen an, dass die Konsequenzen der Globalisierung nicht für alle Mitglieder der Gemeinschaft gleich sind, sondern vielmehr die Bevölkerung in Gewinner und Verlierer einteilt. Auf der einen Seite befinden sich Individuen, die von den neuen Möglichkeiten der Globalisierung profitieren. Hingegen nehmen die Verlierer, die bis dato gut durch den Nationalstaat geschützt waren, die Öffnung der Grenzen als Bedrohung wahr. Die Teilung in zwei Gruppen führt laut Kriesi et. al. zu einem neuen, strukturellen, politischen Potenzial, das sich in einer Integration-Demarkation-Konfliktlinie ausdrückt.

Zur Formierung von Gewinnern und Verlierern tragen konkret drei Mechanismen bei: Erstens der Globalisierungsprozess bewirkt, dass die Intensität des ökonomischen Wettbewerbs zunimmt. Eine Reihe von Transformationen in der amerikanischen Wirtschaft führte zu einem massiven Druck zur Deregulierung in Westeuropa. Vor allem Firmen und Individuen, die in einem vom Staat geschützten Sektor arbeiten, sind von der dramatischen Erosion der alten Eigentumsrechte und Privilegien betroffen. Diese Entwicklung manifestiert sich in einem neuen sektoralen Cleavage einerseits zwischen Individuen, die in einem geschützten Sektor arbeiten und denjenigen, die in Branchen tätig sind, die dem Weltmarkt unterliegen. Andererseits ergibt sich aus der sektoralen Konfliktlinie eine Mittelklassenspaltung zwischen Managern (kompetitiven Sektor), die eine Organisation leiten sowie Verwaltungsentscheidungen treffen, und soziokulturellen Professionals (öffentlicher Sektor), die sich typischerweise durch die Ausübung von Fachwissen und Know-how auszeichnen (Kriesi et al 2008: 3-13). Kriesi et al. bestätigen mit ihren Annahmen damit die Untersuchungsergebnisse von Walter Müller, der die neue Mittelklasse ebenfalls in zwei Segmente einteilt. Müllers Untersuchungen ergeben, dass mit *„unterschiedlichen Positionen in der Dienstklasse durchaus unterschiedliche Interessenslagen verbunden sind“* (Müller 1998: 8) und somit sich die Manager und die soziokulturellen Experten in ihren Parteipräferenzen deutlich voneinander unterscheiden (Müller 1998: 37).

Der Anstieg des ökonomischen Wettbewerbs lässt sich nicht nur in Sektoren definieren, sondern besitzt auch eine ethnische Komponente. Im Zuge der Globalisierung ist eine massive Immigration aus ärmeren, nicht-westlichen Ländern nach Westeuropa feststellbar. Die westlichen Gesellschaften werden dadurch kulturell vielfältiger. Immigranten werden jedoch von der einheimischen Bevölkerung als Bedrohung für den eigenen Lebensstandard und –stil angesehen und gleichzeitig verschärft sich der Wettbewerb um die knappen Ressourcen des Wohlfahrtsstaates zwischen den beiden Gruppen. Dies bedeutet, dass eine Verschärfung des ökonomischen Wettbewerbes mit einem Anstieg der kulturellen Vielfalt einhergeht und somit mit dem zweiten Mechanismus, der Zunahme des kulturellen Wettbewerbes, verbunden ist. Dieser bezieht sich ebenso wie der politische Wettbewerb auf den Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie und werden unter Punkt 2.2.3 ausführlich erläutert.

Die potenzielle ökonomische und kulturelle Bedrohung wird jedoch nicht unbedingt von allen Mitgliedern der nationalen Gemeinschaft in gleicher Weise wahrgenommen und erlebt. Entscheidend wie die Individuen auf den Wettbewerb reagieren, ist abhängig von ihrem Bildungsniveau, demnach hat Bildung einen „*liberalizing effect*“ (Kriesi et al. 2008: 7). Individuen mit hohem Bildungsstand werden die kulturelle sowie die ökonomische Bedrohung der Globalisierung geringer einschätzen als Personen mit niedriger Bildung (Kriesi et al. 2008: 6-7).

Martin Dolezal, der die Auswirkungen der Globalisierung auf die nationalen Konfliktlinien in Deutschland untersuchte, stellt die ökonomischen Kontextbedingungen sehr eingeschränkt dar. In seiner Beschreibung fehlt der Theoriebezug, dass die Globalisierung zu einem Anstieg des ökonomischen Wettbewerbes führt und das daraus ein sektoraler Cleavage, der sich in zwei Formen äußern kann, resultiert. Er geht weder auf die Mittelklassenspaltung zwischen Manager und soziokulturellen Spezialisten ein, noch auf den Konflikt zwischen den einzelnen Sektoren (Dolezal 2008: 211-212).

Dennoch ist davon auszugehen, dass sich der sektorale Cleavage in Deutschland vor allem in einer Mittelklassenspaltung zwischen Managern und soziokulturellen Spezialisten in der Frage über das „*legitime Ausmaß und die angemessene Intensität wohlfahrtsstaatlicher Leistungen*“ (Mielke 2001: 89) niederschlägt. Im Zuge des „*goldenen Zeitalters der Sozialdemokratie*“ (Merkel 1993: 61) bis Mitte der 70er Jahre wurde in ganz Westeuropa auf Grundlage der hohen Wachstumsrate des

Kapitalismus der keynesianische Wohlfahrtsstaat langfristig ausgebaut und eine aktive Beschäftigungs- und Umverteilungspolitik von den sozialdemokratischen Parteien betrieben. Doch infolge der Ölpreiskrise 1973 und die damit verbundene „stagflationäre Kombination von zunehmender Arbeitslosigkeit, hohe[r] Inflationsrate und stagnierendem Wachstum“ (Merkel 1993: 21) begannen sich nicht nur in Deutschland die Aporien und Grenzen des modernen Wohlfahrtsstaates abzuzeichnen (Merkel 1993: 13-14). Dies führte 1982 zu einem Wahldebakel der SPD und gleichzeitig zu einem Wandel in der Wirtschaftspolitik. Anstelle der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik trat eine Angebotsorientierte der Union, die vor allem den Umbau des Wohlfahrtsstaates zum Ziel hatte (Meyer 1998: 65-66). Doch die finanziellen Konsequenzen der Wiedervereinigung gemeinsam mit der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und die neue Armut, die auch nicht von den bürgerlich-liberalen Parteien gemindert werden konnte, führte 1998 zu einem fulminanten Wiederaufstieg der SPD in die Regierungsverantwortung (Mielke 2001: 89). Vor allem die Bundestagswahl 1998 spaltete die Wählerschaft in

„Anhänger eines aktiven und am Leitbild sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Wohlfahrtsstaates und soziale Wählergruppen [...], die diesen wohlfahrtsstaatlichen Orientierungen eher distanziert gegenüber stehen“ (Mielke 2001: 89-90).

Die „neue“ Konfliktlinie mit ihren ökonomischen und verteilungspolitischen Aspekten, die den klassischen Arbeit-Kapital-Cleavage zwischen der Arbeiterklasse und den Besitzern von Kapital erweitert hat, verläuft fast genau zwischen den beiden großen Parteien und ihren kleinen Bündnispartner FDP und Grüne (Mielke 1998: 90). Mit wachsender Unzufriedenheit über die staatliche Arbeitsmarktpolitik und der Frage der Gerechtigkeit des Gesellschaftssystems ist der Stimmanteil für die linken Parteien insbesondere für die SPD gestiegen und analog für die bürgerlich-liberalen Parteien gefallen (Eith/Mielke 2000: 104).

Auch hat sich mit der Bundestagswahl 1998 die soziale Basis in Bezug auf den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital über die Arbeitnehmerschaft mit ihren gewerkschaftsnahen Orientierungen hinaus erweitert (Mielke 1998: 90). Auf Seiten der SPD haben sich soziale Gruppen integriert „die sich in ihren politischen Affinitäten zuvor nicht ohne weiteres auf Seiten der Arbeiterschaft und der unteren Statusgruppen befanden“ (Eith/Mielke 2000: 113). Die soziokulturellen Experten orientieren sich in Richtung der SPD und präferieren libertäre,

postmaterialistische Politikangebote. Während die Manager dem klassischen alten Mittelstand näher stehen und eher autoritäre sowie markliberale Politikangebote bevorzugen (Kriesi 1998: 173-177; Müller 1998: 30-36).

Durch die Transformation des klassischen Arbeit-Kapital-Cleavage an neuere, aktuellere Konstellationen ist der Terminus nicht mehr zutreffend. In der folgenden Analyse wird sie daher als ökonomische Konfliktlinie bezeichnet. Auch Kriesi et al. gehen in ihrer Untersuchung von einer ökonomischen Dimension aus (2008: 11).

2.2.3 Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie

Ausgangspunkt der Weiterentwicklung des klassischen Zentrum-Peripherie-Konflikts ist für Kriesi et al., wie unter Punkt 2.2.2 bereits dargestellt, die zunehmende Globalisierung. Für den Zentrum-Peripherie-Cleavage ergeben sich zwei Mechanismen, die zur Bildung von Gewinnern und Verlierern beitragen.

Wie unter Punkt 2.2.2 kurz erläutert, begleitet und verschärft der kulturelle Wettbewerb den ökonomischen. Die zunehmende Immigration von ethnischen Gruppen, *„especially if they come from a culturally very distant background“* (Kriesi et al. 2008: 32) nach Westeuropa führt zu einem Anstieg der Wahrnehmung der Bedrohung der nationalen Identität in dem Maße wie die einheimische Bevölkerung in ihrer Lebensweise oder Alltagspraktiken durch die zunehmende Präsenz und Institutionalisierung der Einwanderkulturen beeinträchtigt wird (Kriesi et al. 2008: 6-7). Somit schafft Immigration ein erhebliches Potenzial für die Mobilisierung neuer Konflikte. In allen europäischen Ländern ist der Anteil der ausländischen Bevölkerung ausreichend groß *„and, even where it is relatively small, part of it is culturally sufficiently distinct to become highly visible and potentially threatening“* (Kriesi et al. 2008: 36).

Dies führt laut Kriesi et al. zu einer Transformation des klassischen Zentrum-Peripherie-Cleavages in Westeuropa in Form eines Gegensatzes zwischen kulturellem Liberalismus und nationalem Protektionismus.

In Deutschland kam es in den 1990er Jahre im Zuge der stetig steigenden Zahl von Asylsuchenden und den damit verbundenen *„konfliktreiche[n] Frage[n] der Inklusion und Exklusion“* (Koopmans 1999: 166) dieser Gruppe in der öffentlichen Meinung zu einer Modifikation des klassischen Zentrum-Peripherie-Cleavages, der

sich „in der Gestalt eines Gegensatzes zwischen alten und neuen Bundesländern“ (Mielke 2001: 90) zeigt.

Die Eigenständigkeit Ostdeutschlands lässt sich auf der Ebene des Parteiensystems durch die starke Stellung der PDS als eine ostdeutsche Regionalpartei erkennen. Bei der Bundestagswahl 1990 und 1994 konnte die Partei im Wahlgebiet West nicht mehr als ein Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Während sie 1990 in den neuen Bundesländer 11,1 Prozent erzielte und 1994 sogar ihren Stimmenanteil um 8,7 Prozent erhöhen konnte.

Infolge der deutsche Wiedervereinigung haben sich objektive Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen den Bürgern in den neuen und alten Bundesländern ergeben, die dem regionalen Konfliktpotenzial Bedeutung verliehen haben und somit in Richtung eines Verteilungs- und Anspruchskonfliktes zwischen Ost und West führten. Dies spiegelt sich auch in den sozialpolitischen Orientierungen der Bürger wieder (Weßels 1997: 215-216)².

Kein anderes Thema, so zeigten die Umfragen, beschäftigte die Bevölkerung zwischen 1991 und 1993 so sehr wie die Asylproblematik (Herbert 2001: 303).

Zwischen den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien kam es zu einer heftigen Debatte über das Asylrecht. Während die Union die Änderung des Asylartikels 16a des Grundgesetzes forderte, um somit die Zahl der Asylbewerber zu reduzieren, lehnten die SPD, FDP und Grüne den Vorschlag ab. Hingegen warben die Sozialdemokraten für ein Einwanderungsgesetz nach Quoten. Die nicht abreißenden Zuwanderungszahlen aufgrund der politischen und ethnischen Konflikte vor allem in Osteuropa sowie die zunehmenden ausländerfeindlichen Übergriffe ließen die SPD von ihrem Standpunkt abweichen. Am 06. Dezember 1992 einigten sich die Union, FDP und SPD auf den sogenannten „Asylkompromiss“³ um einen schnelle

² 71 Prozent der Ostdeutschen aber nur 28 Prozent der Westdeutschen sprechen sich 1994 für eine Ausweitung der Sozialleistungen aus. 98 Prozent der Ostdeutschen sehen 1991 beim Staat die Pflicht für die Garantie des Arbeitsplatzes hingegen in Westdeutschland nur 78 Prozent. Die Meinung, dass der Staat die Verantwortung für den Abbau von Einkommensunterschieden hat, teilen 1991 90 Prozent der Ostdeutschen gegenüber 68 Prozent der Westdeutschen (Roller 1997: 130, 132).

³ Asylkompromiss hatte drei Schwerpunkte: Erstens bestand mit dem Kompromiss kein Recht auf Asyl mehr in Deutschland. Zweitens, die Flüchtlinge, die aus Ländern mit Krieg stammen, wurden aus dem Asylverfahren herausgenommen und drittens wurde der Begriff des Aussiedlers eingeeignet (Herbert 2001: 318).

Rückgang der Flüchtlingszahlen herbeizuführen (Dolezal 2008: 212; Herbert 2001: 310-322; Koopmans 1999: 166).

Doch zeigte sich schnell, dass die Änderung des Grundgesetzes nicht das Ende der Diskussion über das Asylrecht ist. Nach dem Regierungswechsel 1998 versuchte die rot-grüne Bundesregierung „*the basic model of citizenship to more territorial and civic conception*“ (Dolezal 2008: 213) zu verändern. Sie legte einen Gesetzesentwurf vor, der einen „*automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland*“ (Herbert 2001: 312) ermöglichte. Doch die Union sah sich durch diesen Vorschlag provoziert und initiierte im Januar 1999 eine Unterschriftensammlung gegen den „Doppelpass“, mit der es ihr gelang, die Landtagswahl in Hessen zu gewinnen. Die Regierung wurde daraufhin gezwungen den Gesetzesentwurf zu modifizieren. Im Juni 1999 wurde das Staatsangehörigkeitsrecht nach dem Optionsmodell⁴ der FDP reformiert (Herbert 2001: 333).

Auch versuchte die rot-grüne Bundesregierung in ihrer Legislaturperiode Deutschland erstmals als ein Einwanderungsland zu definieren. Doch bevor sich ein Land offiziell zu einem Einwanderungsland erklärt, muss es „*deutlich machen, mit welchem Selbstbild es dies tut*“ (Krauel: 2000). Daraufhin versuchte die Union um die Jahreswende 2000/2001 erneut die Themen Zuwanderung und Ausländer zum Gegenstand der Wahlkampagne zu machen. Der ehemalige CDU-Fraktionschef Friedrich Merz eröffnete die Debatte über die „deutsche Leitkultur“⁵. Merz verstand den Begriff als ein Gegenmodell zur rot-grünen „multi-kulturellen Gesellschaft.“ Er beklagte in einem Artikel in der Zeitung „Die Welt“, dass es „*gar keine allgemein akzeptierte Definition dessen mehr gibt, was wir unter unserer Kultur verstehen*“ (Merz 2000: 1). Seiner Meinung nach gehört die Verfassungstradition unseres Grundgesetzes wie die Stellung der Frau und die deutsche Sprache zu unserer freiheitlichen Kultur (Merz 2000: 2). In erster Linie drehte sich die im Anschluss geführte kontroverse Debatte um einen Katalog dessen, was Einwanderer

⁴ Die in Deutschland geborenen Kinder erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dennoch müssen sich die Kinder bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen und ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden (Herbert 2001: 333).

⁵ Der Begriff „Leitkultur“ wurde ursprünglich von dem Politologen Bassam Tibi geprägt. Er verwendete den Begriff, um grundlegende gesellschaftliche Werte wie Demokratie, Menschenrechte oder Aufklärung zu beschreiben.

respektieren sollten und nicht um die Definition, was „*Deutschsein*“ bedeutet. Doch die Leitkultur-Debatte schlug in der Bevölkerung mehrheitlich auf Ablehnung und war somit nicht annähernd so erfolgreich wie die Kampagne gegen die doppelte Staatsangehörigkeit (Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2002: 19).

Der dritte Mechanismus bewirkt laut Kriesi et al. einen Anstieg des politischen Wettbewerbes zwischen den Nationalstaaten und den supra- und internationalen politischen Akteuren. Dadurch verlieren die Nationalstaaten im Zuge der zunehmenden Globalisierung Teile ihrer Problemlösungskompetenzen und Handlungsspielräume in Bereichen wie dem Finanzmarkt. Im europäischen Kontext bedeutet dies, dass eine autonome nationale Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten seit der Gründung der EZB nicht mehr möglich ist. Diese Veränderungen schafft Gewinner und Verlierer in verschiedener Hinsicht. Einerseits bringt eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors bedingt durch die Reduzierung der Staatenautonomie materielle Verlierer hervor. Andererseits ergeben sich die Gewinner und Verlierer durch die Unterschiede in der Identifikation mit der nationalen Gemeinschaft. Bei einer starken Identifikation wird die Schwächung nationaler Institutionen als Verlust wahrgenommen. Analog eine schwache Identifikation bedeutet eine Unterstützung der Ausweitung der supranationalen politischen Institutionen (Kriesi et al. 2008: 7-8). Diese Entwicklung führt laut Kriesi et al. zu einer weiteren Modifikation des Zentrum-Peripherie-Cleavages im Sinne eines Konfliktes zwischen nationaler Souveränität und supranationaler Integration.

In Deutschland führte die politische Denationalisierung laut Dolezal zu keinem neuen Konflikt. Traditionellerweise stehen die Deutschen der Europäischen Integration recht wohlwollend gegenüber und befürchten auch nicht ihre Souveränität zu verlieren.

Alle Parteien, die in den 1990er Jahren im Deutschen Bundestag vertreten waren, ausgenommen PDS, waren und sind immer noch europafreundlich und unterstützen den Integrationsprozess sowie die Europäischen Verträge. Auch die Einstellung der Bevölkerung zur Europäischen Integration war in den Nachkriegsjahren sehr positiv und erreichte 1979 mit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments ihren Höhepunkt. Doch seit den 1980er Jahren überwiegt der Anteil der Euroskeptiker, obwohl die Grundhaltung pro-europäisch blieb, besonders innerhalb der Eliten (Dolezal 2008: 213-214).

Die Benennung der Konfliktlinie als Zentrum-Peripherie-Cleavage ist aufgrund der Modifikation nicht mehr angemessen. Infolge der Weiterentwicklung hat sich die Thematik der klassischen Spannungslinie verändert. Sie wird in der empirischen Analyse daher als kulturelle Dimension wie bei Kriesi et al. bezeichnet (2008: 11).

2.2.4 Konflikt zwischen Stadt und Land

Die letzte der vier klassischen Konfliktlinien transformierte sich im Laufe der Zeit ebenfalls an neue, aktuellere Konstellationen. Vor dem Hintergrund des postulierten Wertewandels nach Roland Inglehart in Form einer intergenerationellen Verschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg und dem damit verbundenen Aufkommen der grün-alternativen Parteien in Westeuropa entwickelte sich der Stadt-Land-Cleavage im Sinne eines Gegensatzes zwischen Traditionalismus und Modernisierung weiter (Mielke 2001: 88). Diese Modifikation wird unter Punkt 2.2.5 im Zusammenhang mit der Frage des Aufkommens neuer zusätzlicher Cleavage-Konzepte ausführlicher erläutert.

Infolge der inhaltlichen Weiterentwicklung ist die klassische Bezeichnung des Stadt-Land-Cleavages nicht mehr zutreffend. Daher wird in der empirischen Untersuchung der Gegensatz zwischen Stadt und Land als kosmopolitische Konfliktlinie bezeichnet.

2.2.5 Neue Cleavage-Konzepte

Zu Beginn der 1980er Jahre ist die Diskussion in der Sozialwissenschaft um die Einbeziehung neuer, primär auf Wertekonflikten basierenden Konfliktlinien in das Cleavage-Konzept entfacht. Die Kontroverse über die möglichen Cleavage-Konzeptionen wird auf Grundlage der Frage diskutiert, ob die Wertekonflikte als Cleavage einzuordnen sind (Niedermayer 2009: 33).

Laut Ronald Inglehart hat nach dem Zweiten Weltkrieg in allen Industriegesellschaften ein Wertewandel in Form einer intergenerationalen Verschiebung von materialistischen hin zu postmaterialistischen Einstellungen stattgefunden (Inglehart 1971, 1977).

„Der Wunsch nach wirtschaftlicher und physischer Sicherheit verliert an Bedeutung, während das Streben nach Zugehörigkeit, Selbstverwirklichung und Lebensqualität immer wichtiger wird.“ (Inglehart 1989: 19).

Inglehart's Untersuchungen zeigen, dass hinsichtlich des allgemeinen Anstieges des Wohlstandes in Westeuropa in der Nachkriegszeit die jüngeren Generationen mehr Wert auf postmaterialistische Wertvorstellungen legen als ältere Kohorten. Er selbst bezeichnet den Gegensatz zwischen Materialisten und Postmaterialisten als einen „*value cleavage*“ (Inglehart 1990: 263) und bestätigt seine These des kulturellen Wandels durch zwei weitere großangelegte Studien im Jahr 1990 und 1997. Als Indiz für die Herausbildung eines Wertekonflikts in Westeuropa wird häufig die Entstehung und Etablierung von grün-alternativ Parteien angeführt (Klein 2014: 582). *„But the cleavage is not one which runs neatly along the traditional Left-Right dimension“* (Inglehart 1971: 1010). Inglehart geht davon aus, dass die neue Konfliktlinie, die auf einer Polarisierung von postmaterialistischen und materialistischen Wertvorstellungen basiert, zu einem Rückgang des class-voting führt und somit die Themen der Alten durch die der Neuen Politik verdrängt werden (Inglehart 1971: 1015).

Dennoch ist fraglich, ob es sich bei dem Gegensatz zwischen Materialisten und Postmaterialisten um einen Cleavage im Sinne eines *„dauerhaften, eigenständigen und institutionalisierten Konflikt“* (Mielke 2001: 88) handelt und ob es tatsächlich zu einer Verdrängung der materialistischen Werte gekommen ist.

Vielmehr gehen die Sozialwissenschaftler davon aus, dass die Themen der Alten durch die der Neuen Politik ergänzt wurden und nicht vollständig von der politischen Agenda verschwunden sind. Als empirischer Beleg kann hier die Untersuchung von Knutsen aus dem Jahr 1988 angeführt werden, der die Auswirkungen von strukturellen und ideologischen Cleavages in Westeuropa untersucht hat. Knutsen kommt zu dem Ergebnis, dass *„the old structural cleavages in the Lipset-Rokkan model still have the strongest impact in most Western democracies“* (Knutsen 1988: 349).

Einen weiteren Nachweis, warum der Gegensatz zwischen Materialisten und Postmaterialisten nicht als Cleavage einzuordnen ist, liefern Knutsen/Scarborough. Sie sind der Meinung, dass die Verwendung des Cleavage-Begriffes in Bezug auf den Gegensatz zwischen Alter und Neuer Politik nicht zutreffend ist. Laut den beiden sind Materialismus und Postmaterialismus nicht in klar abgrenzbaren

sozialen Gruppen verankert, sondern „*create divisions between an, in the case of the middle class, among social groups*“ (Knutsen/Scarborough 1995: 496). Die Neue Politik bildet im Gegensatz zu den traditionellen Cleavages den Ausgangspunkt für einen Wertekonflikt, der wiederum soziale und politische Konflikte nach sich zieht. Außerdem führen Knutsen/Scarborough an, dass der Konflikt nicht in dem gleichen Maße Niederschlag in intermediäre Organisationen gefunden hat wie der Klassen- und Konfessionsgegensatz.

„Materialist [...] have no natural party „home“. Postmaterialist [...] may be „at home“ supporting „green“ or „new left“ but these parties are about more than postmaterialist values“ (Knutsen/Scarborough 1995: 497).

Der letzte und wichtigste Grund für Knutsen/Scarborough, warum es sich bei dem Gegensatz zwischen Alter und Neuer Politik nicht um einen neuen Cleavage handelt, ist die Tatsache, dass Materialismus und Postmaterialismus keinen Gegensatz bilden. Denn die Ziele, die die beiden Gruppen verfolgen, schließen sich nicht wechselseitig aus (Knutsen/Scarborough 1995: 496-497).

Jens Alber verwies in seiner Arbeit auf einen weiteren Faktor in der Cleavage-Diskussion. Er ist der Meinung, dass der Aufstieg der Grünen in Deutschland in erster Linie als Ausdruck des ökonomischen Verteilungskampfes zwischen traditionellen Berufsgruppen und des neuen Mittelstandes der Angestellten, Beamten und freiberuflich Tätigen zu verstehen ist. Außerdem zeigte er, dass die Anhänger der Grünen stark ausgeprägte linke ideologische und wohlfahrtsstaatliche Orientierungen aufweisen und wertete dies als Indiz für die Einbindung des Wertewandels in die bereits bestehenden Cleavage-Muster (Alber 1985: 219-222). Auf der konfessionellen Konfliktlinie bilden die Grünen-Wähler den Gegenpol zu den katholisch-kirchlich Gebundenen. Auch der Stadt-Land-Cleavage macht sich in der sozialen Verankerung der Wählerschaft bemerkbar. Die Hochburgen des grünen Milieus liegen vor allem in den Dienstleistungs- und Universitätsstädten.

Daraus lässt sich schließen, dass durch das Aufkommen und die Verfestigung der grünen Parteien nicht wie laut Ronald Inglehart eine neue Konfliktlinie entstanden ist, sondern die Mobilisation der neuen sozialen Bewegungen transformierte den Stadt-Land-Cleavage in Deutschland im Rahmen eines Gegensatzes zwischen Traditionalismus und Modernisierung (Mielke 2001: 88).

2.2.6 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde erst der makrosoziologische Cleavage-Ansatz nach Lipset/Rokkan skizziert. Anschließend wurden die vier klassischen Konfliktlinien an neue, aktuellere Konstellationen transformiert. Aus den Erläuterungen kann für das deutsche Parteiensystem zusammengefasst werden, dass es durch eine hohe Kontinuität gekennzeichnet ist. Die vier ursprünglichen Spannungslinien lassen sich sowohl nach wie vor nachweisen wie auch eine Weiterentwicklung erkennen. An die Seite des klassischen Staat-Kirche-Cleavage ist ein Gegensatz zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen getreten. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wurde um den Gegensatz zwischen Marktfreiheit und sozialer Gerechtigkeit erweitert, der Stadt-Land-Cleavage zeigt sich in Deutschland sowohl in einem Konflikt zwischen alten und neuen Bundesländern wie auch in einem Gegensatz zwischen Traditionalismus und Modernisierung.

Eine Ausnahme stellt Deutschland in Bezug auf die kulturelle Konfliktdimension alias der Zentrum-Peripherie-Cleavage dar. Es ist nur ein Anstieg des kulturellen Wettbewerbes zwischen kulturellem Liberalismus und nationalem Protektionismus im Zuge der Globalisierung feststellbar, der den Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie weiterentwickelt hat. Die politische Denationalisierung führte laut Martin Dolezal zu keinem neuen Konflikt in Deutschland (2008: 213-214).

Wie bereits bei der Erläuterung der einzelnen Konfliktlinien erwähnt, werden in der folgenden empirischen Analyse die Spannungslinien aufgrund der inhaltlichen Weiterentwicklung umbenannt.

3 Daten und Methoden

Im diesem Teil der Arbeit wird die Datenbasis und die methodische Vorgehensweise dargestellt, auf der die empirische Analyse basiert, die im vierten Kapitel durchgeführt wird.

Die nachfolgende Auswertung stützt sich auf die Nachwahl-Querschnittsbefragung der „*German Longitudinal Election Study*“ zur Bundestagswahl 2013 unter der Leitung von Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Bernhard Weißels und Christof Wolf. Die Studie ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt, welches mit der Bundestagswahl 2009 startete und bei der Wahl 2013 fortgesetzt wurde. Sie ist bislang die größte deutsche nationale Wahlstudie mit dem Ziel, „*die Einstellungen und das Wahlverhalten der Wählerschaft bei vorerst drei aufeinanderfolgenden Wahlen [zu] beobachten und [zu] analysieren*“ (Rattinger et al. 2014: 2). In enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung wurde die Befragung in dem Zeitraum vom 23. September bis 23. Dezember 2013 in computer-assistierte persönlichen Interviews durchgeführt. Insgesamt wurden dabei 1.908 Befragungen realisiert. Die Nachwahlbefragung stellt gleichzeitig die erste Welle einer Panelumfrage dar, „*bei der die Befragten auch bei den zwei folgenden Bundestagswahlen interviewt werden sollen*“ (Rattinger et. al. 2014: 2). Daraus folgt, dass der Datensatz eine ungewöhnlich hohe Fallzahl besitzt, die als eine wichtige Voraussetzung für die Durchführbarkeit der Analyse mit der AfD gilt. Die Untersuchungen mit Kleinstparteien scheitern oft an zu kleinen Stichproben, da viele Meinungsumfragen aus Kostengründen viel weniger Interviews durchführen können.

Um zu überprüfen, inwieweit die Cleavage-Ansätze etwas dazu beitragen können, das Wahlverhalten der AfD-Wähler bei der Bundestagswahl 2013 zu erklären, wird eine multivariate Regressionsanalyse angewandt. Es wird eine logistische Regression verwendet statt eines linearen Wahrscheinlichkeitsmodell, da die abhängige Variable eine Dummy-Variable ist. Diese quantitative Methode eignet sich besonders gut, da einerseits die Modellschätzung Wähler miteinander vergleicht, die für die AfD votiert haben mit denjenigen, die für eine andere Partei gestimmt haben. Daraus lässt sich somit schlussfolgern, welche Merkmale die Wahl zugunsten der AfD befördert hat. Andererseits kann der Einfluss all dieser unabhängigen Variablen, die einen

Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD haben können, gemeinsam berücksichtigt und somit die Robustheit der Ergebnisse überprüft werden.

Abhängige Variable

In der Analyse wurde danach gefragt, welcher Partei man bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 seine Zweitstimme gegeben hat. Es handelt sich somit um das tatsächliche Abstimmungsverhalten des Interviewten und nicht um eine fiktive Wahlentscheidung. Die Antworten auf diese Frage wurde in zwei Gruppen zusammengefasst und eine Dummy-Variable daraus gebildet, wobei 1 für die Wahl der AfD steht und 0 für eine andere Partei.

Unabhängige Variablen: religiös-konfessionelle Konfliktlinie

In Bezug auf die religiös-konfessionelle Spannungslinie berücksichtigt man einerseits die Konfessionszugehörigkeit. Die Variable besitzt in diesem Datensatz fünf Ausprägungen: Katholik, Protestant, Mitglied einer anderen christlichen und einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft sowie Konfessionslos. Da die Variable mehrere Ausprägungen besitzt, müssen verschiedene Dummy-Variablen gebildet werden. Es genügt aber, vier binäre Variablen zu bilden, die Konfessionslosen werden dabei als Referenz- bzw. Bezugskategorie betrachtet. Andererseits dienen die Kirchengangshäufigkeit und die subjektive Einschätzung der eigenen Religiosität als Indikator für die Kirchenbindung. Die Kirchengangshäufigkeit ist in sieben Stufen kodiert, die von „nie“ (1) bis „öfter als einmal in der Woche“ (7) reicht. Die religiöse Selbsteinstufung erfolgte auf einer vierstufigen Antwortskala, wobei „überhaupt nicht religiös“ (1) und „sehr religiös“ (4) die Endpunkte darstellten.

Unabhängige Variablen: ökonomische Konfliktlinie

Um den Einfluss der ökonomischen Spannungslinie auf das Wahlverhalten zu analysieren, berücksichtigt man zum einen die Gewerkschaftsmitgliedschaft. Eine Dummy-Variable kontrolliert, ob eine Person Mitglied einer Gewerkschaft oder Nichtmitglied ist. Zum anderen wird die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft geprüft, wobei dies mithilfe zweier Varianten geschieht. Eine Variable erfasst objektiv, ob der Befragte in seinem Berufsstatus Arbeiter⁶ ist und eine andere, die angibt, ob sich

⁶ Zu den Arbeiter zählen die un- und angelernten Arbeiter, die Gelernten und Facharbeiter sowie Vorarbeiter, Meister und Polierer.

der Befragte als Angehöriger der Arbeiterschicht fühlt. Diese Abgrenzung ist notwendig, da sie durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann. Rund die Hälfte der objektiven Arbeiter in Westdeutschland fühlten sich 2010 nicht der Arbeiterschicht zugehörig, umgekehrt sehen sich knapp 15 Prozent derjenigen, die nach dem Berufsstatus keine Arbeiter sind, als Mitglied der Arbeiterschicht. Diese Diskrepanz tritt auch in den neuen Bundesländern auf. Rund ein Viertel der Arbeiter rechnen sich 2010 nicht der Arbeiterschicht zu, hingegen sehen sich ungefähr ein Drittel derjenigen, die nach dem Berufsstatus keine Arbeiter sind, als Mitglied der Arbeiterschicht (Habich 2013: 188). Auszugehen ist, dass der

„objektive Arbeiterstatus das Wahlverhalten weniger im Sinne des Cleavage-Ansatzes prägt als die subjektive Schichtzugehörigkeit, da letztere dafür spricht, dass eine Person „arbeitertypische“ Werthaltungen und Normen verinnerlicht hat“ (Arzheimer/Schoen 2007: 7).

Daneben enthält der Datensatz auch Fragen zu drei Positionsissues, die sich der ökonomischen Konfliktlinie zuordnen lassen. Der Befragte wurde gebeten, sich auf einer fünfstufigen Antwortskala, die von 0 („stimme voll und ganz zu“) bis 5 („stimme überhaupt nicht zu“) reichte, zu den folgenden politischen Aussagen zu positionieren: *„Für die Besetzung der Aufsichtsräte großer Unternehmen sollte es eine gesetzlich verankerte Frauenquote geben“*, *„Staat soll sich aus der Wirtschaft heraushalten“* und *„Regierung sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu verringern.“* Außerdem wird die Position des Interviewten zum Thema Steuern und sozialstaatliche Leistungen auf einer elfstufigen Antwortskala, deren Endpunkte mit *„wenig Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“* (1) und *„mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“* (11) markiert waren, erhoben.

Die letzte Variable, die Berücksichtigung findet, ist die Bildung des Befragten. Dabei wird aber davon ausgegangen, dass Bildung einen indirekten Einfluss auf das Wahlverhalten im Sinne der Cleavage-Ansätze hat. Laut Kriesi et al. hat Bildung einen *„liberalizing effect“* (Kriesi et al. 2008: 7) auf die Wahrnehmung der ökonomischen und kulturellen Bedrohungslage wie unter Punkt 2.2.2 dargestellt. Die Frage nach dem höchsten Schulabschluss ist in neun Stufen kodiert: die von „Schule

beendet, ohne Abschluss (1) bis „bin noch Schüler (9)⁷ reichte.

Die Mittelklassenspaltung zwischen Manager und soziokulturellen Spezialisten konnte leider bei dem begrenzten Datensatz nicht operationalisiert werden.

Unabhängige Variablen: kulturelle Konfliktlinie

Für die Analyse des Effektes des dritten Cleavages auf das Wahlverhalten werden ebenfalls Positionen des Wählers bezüglich politischer Sachfragen berücksichtigt. Der Datensatz enthält zwei Fragen zur Immigrationspolitik und eine zur Schuldenkrise. Zum Thema Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer wurde der Befragte gebeten, sich auf einer elfstufigen Antwortskala, die von „Zuzugsmöglichkeiten sollten erleichtert werden“ (1) bis „Zuzugsmöglichkeiten sollten eingeschränkt werden“ (11) reichte, einzuordnen. Außerdem sollte sich der Interviewte auf einer Fünf-Punkte-Skala, deren Endpunkte mit „stimme voll und ganz zu“ (1) und „stimme überhaupt nicht zu“ (5) markiert waren, zu folgenden Aussagen positionieren: *„Einwanderer sollten verpflichtet werden, sich der deutschen Kultur anzupassen“* und *„In Zeiten der europäischen Schuldenkrise sollte Deutschland EU-Mitgliedsstaaten, die starke wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.“*

Die Beschränkung auf die drei obengenannten abgefragten Items ist der Datensituation geschuldet.

Unabhängige Variablen: kosmopolitische Konfliktlinie

Um die Wirkung der letzten der vier Konfliktdimensionen auf das Wahlverhalten abbilden zu können, wurden zwei Items, die sich einerseits auf die Energiepolitik und andererseits auf die Demokratie beziehen, in die Modellschätzung aufgenommen. Der Befragte wurde gebeten, sich auf einer fünfstufigen Antwortskala (von „stimme voll und ganz zu“ (1) bis „stimme überhaupt nicht zu“ (5)) zu folgenden Aussagen zu positionieren: *„Energieversorgung sollte auch durch die Nutzung von Atomkraft gesichert werden“* und *„Bürger sollten einen bindenden Volksentscheid auf Bundesebene herbeiführen können.“* Um den Effekt des klassischen Konfliktes zwischen Stadt und Land nicht zu vernachlässigen, kontrolliert eine Dummy-Variable, ob eine Person in der Stadt oder auf dem Land wohnt.

⁷ Kategorie „bin noch Schüler“ wurde in die Modellschätzung mitaufgenommen, da es unter anderem auch wahlberechtigte Schüler gibt.

Kontrollvariablen

Um den Einfluss des Cleavage-Wahlverhaltens in einem „vollständigen Standardwahlmodell“ (Schnell/Kohler 1995: 638) überprüfen zu können, werden weitere unabhängige Variablen in die Modellschätzung aufgenommen, von denen ein gewisser Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD zu erwarten ist. Neben dem makrosoziologischen Cleavage-Ansatz nach Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan gibt es noch drei weitere Theorien in der empirischen Wahlforschung zur Erklärung des Wahlverhaltens:

Ausgehend von dem sozialpsychologischen Ansatz, auch als Ann-Arbor oder Michigan Modell bekannt, nach Angus Campell und seinen Kollegen sind die Bewertung der Kandidaten, die Orientierung gegenüber politischen Sachfragen und die Parteiidentifikation die zentralen Bestimmungsfaktoren zur Erklärung des Wahlverhaltens (Campell et al. 1954, 1960). In die Modellschätzung wird aber nur der Indikator Parteiidentifikation aufgenommen. Eine Dummy-Variable kontrolliert, ob eine Person eine Parteibindung zur AfD besitzt oder nicht. Die Beschränkung auf nur eine Variable ist der Datensituation geschuldet.

Die Grundannahme des rationalistischen Ansatzes nach Anthony Downs ist, dass politische Akteure rational handeln. Parteien sind Stimmenmaximierer, versuchen bei Wahlen so viele Prozentpunkte wie möglich zu ergattern, hingegen sind die Bürger Nutzenmaximierer, wählen also die Partei, die ihnen den größten wirtschaftlichen Nutzen bringt (Downs 1957).

Da die AfD vor dem Hintergrund der anhaltenden Euro-Krise entstanden ist, werden zu diesem Zweck ökonomische Variablen berücksichtigt. Laut Schmitt-Beck hat jedoch nur die prospektive Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland einen Effekt auf die Wahlentscheidung zugunsten der AfD bei der Bundestagswahl 2013 (Schmitt-Beck 2014: 102). Deshalb findet in der Analyse nur die Beurteilung über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland eine Berücksichtigung.

Zusätzlich werden neben dem Alter und Geschlecht des Befragten, auch das Einkommen in die Modellschätzung mit aufgenommen, da laut dem mikrosoziologischen Ansatz nach Paul Lazarsfeld und seinen Kollegen an der Columbia University die soziale Position des Befragten durchaus einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben kann (Lazarsfeld et al. 1944).

Insgesamt werden somit fünf Kontrollvariablen berücksichtigt.

4 Empirische Auswertung und Ergebnisse

Im vierten Kapitel wird die empirische Analyse durchgeführt, die zur Beantwortung der Forschungsfrage dient. Zunächst wird der Effekt der religiös-konfessionellen Spannungslinie auf die Wahl zugunsten der eurokritischen Partei geprüft. Es folgt die Untersuchung der Erklärungskraft der ökonomischen, der kulturellen und der kosmopolitischen Konfliktlinien. Dabei wird die Wirkung der einzelner Konfliktlinien anhand zweier Modelle berücksichtigt: Die erste Analyse in Tabelle 1 Spalte 1 betrachtet die Haupteffekte auf die Wahlentscheidung zugunsten der AfD, die zweite Analyse berücksichtigt neben den zentralen unabhängigen Variablen auch noch die Kontrollvariablen.

Die Koeffizienten in der Tabelle 1 können bei einem Logit-Modell nicht als marginale Effekte betrachtet werden. Nur das Vorzeichen und die Signifikanz der betreffenden Variablen auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD und nicht für eine andere Partei sind interpretierbar. Da es sich um die Überprüfung der Erklärungskraft der vier Konfliktlinien auf das Wahlverhalten handelt, kann daher auf die Umwandlung in Odds-Ratio verzichtet werden.

Tabelle 1: Wirkung der vier Konfliktlinien einschließlich der Kontrollvariablen auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013

Variablen	(1) Wahl der AfD	(2) Wahl der AfD
Kirchgang	-0.0139 (-0.0902)	0.0933 (0.515)
Religiosität	-0.153 (-0.729)	0.0694 (0.301)
Katholik	0.571 (1.224)	-0.156 (-0.283)
Protestant	0.340 (0.816)	-0.0692 (-0.139)
Mitglied einer anderen nicht christlichen Religionsgemeinschaft	1.647 (1.333)	1.706 (1.339)

Gewerkschaft	-0.200 (-0.414)	0.0133 (0.0254)
Arbeiter	-0.0636 (-0.123)	-1.465* (-1.956)
Arbeiterschicht	-0.223 (-0.580)	-0.634 (-1.269)
Steuern	0.0143 (0.221)	0.0331 (0.427)
Einkommensunterschied	0.217 (1.493)	-0.167 (-0.858)
Marktfreiheit	-0.121 (-0.931)	-0.155 (-1.010)
Frauenquote	0.208* (1.762)	0.291** (2.022)
Bildung	0.217* (1.654)	-0.0307 (-0.184)
Einwanderer	-0.119 (-0.676)	-0.226 (-1.069)
Zuzugsmöglichkeit	0.135** (1.962)	0.167* (1.941)
Schuldenkrise	0.584*** (3.656)	0.6333*** (3.234)
Volksentscheid	-0.406** (-2.408)	-0.235 (-1.238)
Energieversorgung	-0.0787 (-0.640)	-0.143 (-0.958)
Land	-0.147 (-0.445)	-0.291 (-0.748)
Alter		0.0421*** (3.595)
Geschlecht		1.073*** (2.586)
Einkommen		0.0444 (0.512)
Wirtschaftslage		0.478* (1.881)
Observations	1,209	1,032

Pseudo R-Quadrat	0.139	0.204
LR chi2	60.35	67.87
Prob>0	3.41e-06	3.41e-06

Anmerkung: Alle unabhängigen Variablen sind auf dem Wertebereich [0; 1] beschränkt. Der Wert der z-Statistik befindet sich in Klammern. Die Konstante ist nicht ausgewiesen. Signifikanz: *** $p < 0.01$, ** $p < 0.05$, * $p < 0.1$. Außerdem wurde die Variable Mitglied einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft ebenso die Parteibindung in die Analyse von der Statistiksoftware Stata weggelassen aufgrund „*perfectly predicted failure*.“ Die neun Beobachtungen (Wähler mit Parteibindung) und die zehn Beobachtungen (Mitglied einer anderen nicht christlichen Gemeinschaft) wurden in der Analyse nicht verwendet, da sie zu keiner Varianz in der abhängigen Variablen führt. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Variable Parteibindung einen positiven Einfluss auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD hat.

Infolge der Entfernung der Jahrgänge 1997 und 1996 aus der Variable Alter ist die Fallzahl in der Analyse in Spalte 2 kleiner als in Spalte 1. Die Untersuchung in Spalte 1 enthält die Antworten der 16 und 17-jährigen, hingegen Spalte 2 nicht.

4.1 Religiös-konfessionelle Konfliktlinie

Die Ergebnisse für die erste Spannungslinie bestätigt die Erwartung, dass die religiös-konfessionelle Konfliktlinie keinen Einfluss auf die Wahl der AfD hat. Wie man in Tabelle 1 Spalte 1 sehen kann, sind die unabhängigen Variablen der religiös-konfessionellen Spannungslinie weder auf dem Ein- noch auf dem Fünf-Prozentniveau statistisch signifikant. Durch die Aufnahme der Kontrollvariablen in die Modellschätzung verändern sich zwar die Vorzeichen der Koeffizienten, jedoch besitzen die Variablen weiterhin keine Erklärungskraft (siehe Tabelle 1 Spalte 2). Dies bedeutet, dass die Indikatoren nicht mit den Präferenzen für die AfD zusammenhängen.

Eine mögliche Erklärung, warum die religiös-konfessionelle Konfliktlinie keinen Effekt auf die Wahl der eurokritischen Partei hat, könnte mit der Gründungsursache und dem Anlass zusammenhängen. Betrachtet man nämlich den Hintergrund, die „*grundsätzliche Unzufriedenheit mit einer als zu wenig konservativ empfundenen Politik der Unionsparteien und zu wenig liberalen Politik der FDP*“ (Franzmann 2014: 115) und den Auslöser, die Euro-Krise und der damit verbundenen Strategie zur Rettung des Euros, vor dem die AfD offiziell am 06. Februar 2013 von Bernd Lucke gemeinsam mit Konrad Adam und Alexander Gauland gegründet worden ist, so zeigt sich, dass sich die eurokritische Partei entlang der kulturellen und nicht an

der religiös-konfessionellen Konfliktdimension gebildet hat (Franzmann 2014: 115). Wie unter Punkt 2.2.4 dargestellt, konzeptualisieren Kriesi et al. den Europäischen Integrationsprozess als einen Zentrum-Peripherie-Konflikt mit den zwei Ausprägungen, nationaler Souveränität und supranationaler Integration, wobei die AfD mit ihren Forderungen, der „geordneten Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ (AfD 2013i: 1) durch die „Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabiler Währungsverbünde“ (AfD 2013i: 1) sowie der entschiedenen Ablehnung einer „Transferunion oder gar eine[s] zentralisierten Europastaat[es]“ (AfD 2013i: 1) eindeutig den Pol Antiimmigration zu besetzen versucht.

Neben dem dominierenden Thema der Euro-Rettungspolitik im Bundestagswahlkampf 2013 versuchte die eurokritische Partei ihr Themenspektrum um innen- und außenpolitische Sachverhalte zu erweitern. In den veröffentlichten Pressemitteilungen auf ihrer Homepage findet man punktuelle Äußerungen zur Außenpolitik als auch zur NSA-Spähaffäre (AfD 2013a; AfD 2013b; AfD 2013c; AfD 2013d; AfD 2013e; AfD 2013g; AfD 2013h). Nur das Thema Religion wurde von der Partei weder in ihrem dreiseitigen, primär aber nicht ausschließlichen eurokritischen Bundestagswahlprogramm 2013 noch in den herausgegebenen Pressemitteilungen auf ihrer Homepage oder auf ihrer Facebookseite bis zur Wahl am 22. September 2013 angesprochen. Sie forderte zwar im Bundestagswahlprogramm „den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft“ (AfD 2013i: 3) und den Vorrang der Erziehung der Eltern gegenüber staatlichen Organisationen, doch diese Position wurde in der breit angelegten öffentlichen Kampagnenkommunikation kaum thematisiert (AfD 2013i: 3). Erst nach der Bundestagswahl beschäftigte sich die AfD mit dem Tabuthema Islam (Friedrich 2015: 42). Somit hat sich die eurokritische Partei nicht wie die CSU als eine überkonfessionelle Partei für Männer und Frauen mit christlicher Wertorientierung entlang der religiös-konfessionellen Konfliktlinie entwickelt (CSU 2007: 14, 27), sondern als eine Partei, die jede weitere Europäische Integration strikt ablehnt.

Der AfD ist es mit ihren Kernforderungen gelungen, sowohl den religiös-konfessionellen als auch den nicht-religiös-konfessionellen Pol der Spannungslinie anzusprechen. In der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft zeigt sich dies dadurch, dass die Katholiken sowie die Protestanten mit jeweils vier Prozent gemessen an dem Wahlergebnis etwas unterrepräsentiert sind, dagegen die

Konfessionslosen mit sieben Prozent ein wenig überproportional (Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2013: 49).

4.2 Ökonomische Konfliktlinie

Die Ergebnisse für die zweite Spannungslinie unterscheiden sich nicht großartig von denjenigen bezüglich der religiös-konfessionellen Konfliktlinie. Wie man aus Tabelle 1 Spalte 1 entnehmen kann, sind alle Variablen weder auf dem Ein- noch auf dem Fünf-Prozentniveau statistisch signifikant. Die Problemwahrnehmung bezüglich sozialer Gerechtigkeit, Marktfreiheit und Steuern sind somit nicht mit der Wahlentscheidung für die AfD verknüpft. Für die Frauenquote wie auch für die Bildung zeigen sich zwar statistisch unbedeutende Zusammenhänge, dies liegt vermutlich aber an der Tatsache, dass es sich um eine sehr große Stichprobe handelt. Jedoch verliert der Indikator Bildung durch die Aufnahmen weiterer unabhängiger Variablen in die Modellschätzung seinen Effekt und aus dem statistisch unbedeutenden positiven Zusammenhang zwischen Frauenquote und Wahl der AfD wird ein statistisch signifikantes Verhältnis. Durch die Hinzunahme der Kontrollvariablen ist die Variable jetzt auf dem Fünf-Prozentniveau statistisch signifikant (siehe Tabelle 1 Spalte 2).

Dieses Ergebnis kann jedoch nicht als robust angesehen werden, da die Signifikanz der Variable Frauenquote von der Aufnahme weiterer unabhängiger Variablen abhängt. Vermutlich hängt der Effekt der Frauenquote auf die Wahlwahrscheinlichkeit der AfD mit der Variable Alter zusammen (siehe Anhang Tabelle A1 Spalte 1 und 2). Da das Thema Frauenquote weder im Bundestagswahlprogramm 2013 noch in der breit angelegten Kampagnenkommunikation von der AfD thematisiert worden ist, sondern nur vereinzelt Posts zu diesem Thema auf ihrer Facebookseite⁸ zu lesen waren, wussten vor allem junge Menschen die Stellung der single issue Partei zur Frauenquote. Die AfD lehnt „jede Form von aktiver Gleichstellungspolitik“ (Kemper 2014: 31) ab, eine „geschlechterbezogene Quotenregelung wird [ebenfalls] rigoros abgelehnt“ (Kemper 2014: 31).

⁸ Am 11. Juli 2013 wurde ein Banner zur Frauenquote auf der AfD-Facebookseite platziert: „Der Käse der Woche – EU will Mittelständler mit Frauenquote gängeln“ (Kemper 2014: 27, zit. nach AfD 2013), dieser wurde aber mittlerweile von der Facebookseite entfernt.

Somit hat auch die ökonomische Konfliktlinie, abgesehen von der Wirkung der Einstellung des Wählers zur Frauenquote im Zusammenhang mit dem Alter, keinen relevanten Effekt auf die Wahlentscheidung für die eurokritische Partei.

Einerseits sind Gewerkschaftsmitgliedschaft, die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft und die subjektive Einordnung in die Arbeiterschicht zentrale Faktoren, die traditionellerweise die Wahl der linken Parteien begünstigen. Da sich aber die neu gegründete Partei mit ihrer ökonomischen Kritik an der Euro-Rettungsschirmpolitik „klar rechts von Union und sogar FDP“ (Franzmann 2014: 115) positionieren, können diese Variablen nicht für die Wahlentscheidung für diese eurokritische Partei zutreffen. Auffällig ist allerdings, dass durch die Hinzunahme weiterer unabhängiger Variablen in die Modellschätzung der Koeffizient Arbeiter auf dem Zehn-Prozentniveau statistisch signifikant wird (siehe Tabelle 1 Spalte 2), jedoch erst durch die Aufnahme der Variable Wirtschaftslage (siehe Anhang Tabelle A1 Spalte 5). Vermutlich rechnen vor allem Arbeiter mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Jahren. Somit ist das Ergebnis für die Variable Arbeiter nicht robust, da die Signifikanz von einer anderen unabhängigen Variable abhängt.

Andererseits präsentierte sich die AfD im Bundestagswahlkampf 2013 hauptsächlich als eine Ein-Themenpartei. In der Außendarstellung der Partei dominierte die Kritik an der neoliberalen Politik der EU zur Bekämpfung der gegenwärtigen Euro-Krise sowie an der zentralen Position der EZB (Friedrich 2015: 22), die eine Währungspolitik betreibe, die sich „nur noch im Interesse der hochverschuldeten Südstaaten der Eurozone“ (Lucke 2013d) orientiert, „während die deutschen Sparer [...] enteignet werden“ (Lucke 2013d). 54 Prozent der veröffentlichten Pressemitteilungen auf der Homepage widmen sich der Europapolitik und 40 Prozent beinhalten die Kritik am Euro bzw. an der Eurorettungspolitik (Franzmann 2014: 120-121). Die AfD vertritt neben klaren Standpunkten in der Währungs- und Europapolitik auch Positionen zu anderen Problemfeldern. Gut ein Drittel der herausgegebenen Pressemitteilungen beschäftigt sich mit innen- und außenpolitischen Sachverhalten (Franzmann 2014: 120-121). Auch im Wahlprogramm 2013 findet man neben Abschnitte zur „Währungs- und Europapolitik“ sowie „Integrationspolitik“ auch solche zu „Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“, „Staatsfinanzen und Steuern“, „Alterssicherung und Familie“, „Bildung“ und „Energieversorgung“ (AfD: 2013i). Doch nur das Thema

Einwanderung erfuhr in der breit angelegten öffentlichen Kampagnenkommunikation eine besondere Betonung. Es war das einzige Politikfeld, dass in der Öffentlichkeit abgesehen von der Kritik an der Euro-Rettungsschirmpolitik von der Partei thematisiert wurde. Auf der Facebookseite der AfD konnte man Slogans lesen wie „*Einwanderung braucht strikte Regeln*“ (Pettry 2013, siehe Anhang Abbildung A1).

Die Dominanz der Thematisierung der Euro-Krise und der Immigration in der öffentlichen Kampagnenkommunikation der AfD überschattete die Positionen der Partei zu den anderen Problemfeldern und die Wahlprogramme wurden kaum von der Bevölkerung gelesen. Somit war es dem mündigen Bürger nicht möglich, sich mit den einzelnen Standpunkten der eurokritischen Partei zu den anderen politischen Handlungsfeldern auseinanderzusetzen. Außerdem waren die Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit, Marktfreiheit und Steuern nicht unter den ersten drei der wichtigsten Probleme im Land (Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2013a: 31). Dadurch spielten die Positionen des Wählers zu den anderen Politikfeldern eine untergeordnete Rolle und der Zuspruch für die AfD in der Wählerschaft ist allein auf währungspolitische und eurokritische Haltungen zurückzuführen.

Auffällig ist allerdings der positive Einfluss des Bildungsstandes auf die Wahlentscheidung der eurokritischen Partei, mit steigender Bildung nimmt die Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD zu. Laut Kriesi et al. müsste die Variable jedoch einen negativen Effekt haben, was auch grundsätzlich auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien zutrifft. Die NPD wurde bei der Bundestagswahl 2013 hauptsächlich von Niedriggebildeten gewählt (Forschungsgruppe Wahlen e. V.: 2013: 102-103). Eine mögliche Erklärung, warum dieser liberalisierende Effekt der Bildung nicht auf die Wahl der AfD zutrifft und somit von der Theorie abweicht, könnte mit dem Erscheinungsbild der Partei in der Öffentlichkeit zusammenhängen, das durchaus von dem der Rechtspopulistischen abweicht. Auf der Führungsebene findet man neben Professoren und Doktoren, auch den ehemaligen Welt-Chefkorrespondenten und den ehemaligen Herausgeber der Märkischen Allgemeinen (Niedermayer 2015: 185). Die Bevölkerung ordnet diese gut gebildeten und gesitteten Personen, die diese Partei führen, nicht automatisch in das rechtspopulistische Parteienspektrum ein. Mit ihrer klar ökonomisch fundierten Kritik an der Strategie zur Rettung des Euros ist es der AfD damit gelungen, bei den Wahlen vor allem Wähler aus der breiten Mittelschicht anzusprechen.

Für die Kontrollvariable Wirtschaftslage, die die prospektive Beurteilung der künftigen Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland erfasst und die aus Platzgründen der ökonomischen Konfliktlinie zugeordnet wird, ergibt sich ein statistisch unbedeutender positiver Zusammenhang. Somit können die Untersuchungen von Rüdiger Schmitt-Beck zwar bestätigt werden, der zu dem Ergebnis gekommen ist, dass die AfD eine hohe Anziehungskraft auf Wähler hatte, die mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage in den nächsten Jahren rechnen. Jedoch besitzt die Variable in dieser Untersuchung nur eine geringe Erklärungskraft (Schmitt-Beck 2014: 102).

Auch die Kontrollvariable Einkommen hat keine direkte Wirkung auf die Wahlwahrscheinlichkeit zugunsten der eurokritischen Partei bei der Bundestagswahl 2013. Sie ist weder auf dem Ein- noch auf dem Fünf-Prozentniveau statistisch signifikant (siehe Tabelle 1 Spalte 2). Jedoch kann man die Variable in der Modellschätzung nicht weglassen, da sie mit dem Indikator Frauenquote korreliert, dessen Signifikanzniveau von der Variable Einkommen abhängt (siehe Anhang Tabelle A1 Spalte 3 und 4).

4.3 Kulturelle Konfliktlinie

Das Resultat für die dritte Spannungslinie fällt ebenfalls wenig überraschend aus. Wie sich aus den Ergebnissen in Tabelle 1 Spalte 1 entnehmen lässt, ist die Variable Schuldenkrise auf dem Ein- sowie die Variable Zuzugsmöglichkeit auf dem Fünf-Prozentniveau statistisch signifikant und entfalten durchaus eine Wirkung auf die Wahlentscheidung zugunsten der AfD. Hingegen hat der zweite Indikator zur Immigrationspolitik keinen relevanten Effekt auf die Wahl der eurokritischen Partei. Durch die Aufnahme der Kontrollvariablen in die Modellschätzung, aber erst durch die Nichtverwendung der Personen mit Parteibindung durch die Statistiksoftware Stata verliert die Variable Zuzugsmöglichkeit ihren Effekt und ist nur noch auf dem Zehn-Prozentniveau statistisch signifikant (siehe Anhang Tabelle A1 Spalte 6). Dies bedeutet, dass die Wirkung der Variable Zuzugsmöglichkeit auf die Wahl der eurokritischen Partei von der Parteibindung abhängt. Somit ist das Ergebnis für die Variable Zuzugsmöglichkeit nicht robust. Für die Wähler mit Parteibindung zur AfD war das Problemfeld Immigration insbesondere die Beschränkung der

Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer wesentlich wichtiger als für Personen, die keine Parteiidentifikation zur AfD besitzen. Möglicherweise könnte es aber auch am ambivalenten Erscheinungsbild der Partei in der Öffentlichkeit zur Einwanderungs- und Integrationspolitik liegen wie weiter unten in diesem Kapitel erläutert wird. Nur so viel, Wähler mit Parteibindung setzten sich in der Regel intensiver mit der inhaltlichen Ausrichtung der Partei auseinander und somit war es für diese Personen ersichtlich, dass die AfD den Antiimmigrationspol auf der kulturellen Konfliktlinie zu besetzen versucht.

Eine mögliche Erklärung, warum letztendlich nur die Schuldenkrise und nicht ebenfalls das Thema Einwanderung einen Einfluss auf die Wahl der eurokritischen Partei hat, könnte mit der Akzentuierung der Positionen zu den einzelnen Problemfeldern in der breit angelegten Kampagnenkommunikation zusammenhängen. Die erst im Februar 2013 gegründete Partei trat in Zeiten der Euro-Krise mit einem dreiseitigen, aber nicht ausschließlich eurokritischen Wahlprogramm bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 an. Jedoch präsentierte sich die AfD in ihrer Außendarstellung oft als eine single issue Partei und thematisierte damit im Bundestagswahlkampf 2013 ein „*gravierendes Problem der deutschen Politik*“ (Schmitt-Beck 2014: 111), dass von den Bundestagsparteien aus rationalen Gründen gemieden worden ist. Einerseits hinsichtlich des mangelnden Interesses der Bürger an Europa, da die „*europaspezifische[n] Sachfragen [...] im Bewusstsein der Wähler und im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle*“ (Langer/Rademacher/Völkl 2013: 454) spielen. Andererseits herrscht zwischen den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ein breiter Konsens bezüglich der Europäischen Integration. Somit ist Europa weder ein Wahlkampfthema noch wahlentscheidend (Müller-Brandeck-Bocquet 2006; Sturm 2002). Hingegen, so zeigt eine österreichische Studie, versuchen vor allem Kleinstparteien an den linken und rechten Rändern des parteipolitischen Spektrums in nationalen Wahlkämpfen Fragen der Europapolitik zu thematisieren, um sich von den etablierten Parteien abgrenzen und profilieren zu können (Meyer/Rosenberger 2008; Taggart 1998).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die AfD im Bundestagswahlkampf 2013 europapolitische Sachfragen in den Mittelpunkt ihrer Kampagnenkommunikation stellte sowie eine klare ablehnende politische Position akzentuierte, die von den Standpunkten der etablierten Parteien klar abweicht. Die Oppositionsparteien haben bis auf die Linkspartei, welche bei den vier

Entscheidungen im Deutschen Bundestag einstimmig dagegen gestimmt hat, bekanntermaßen trotz ihrer harschen Kritik an dem Krisenmanagement der schwarz-gelben Bundesregierung die umfangreichen Rettungsmaßnahmen mehr oder weniger mitgetragen. Keine der vertretenen Parteien im Deutschen Bundestag konnte ein Alternativkonzept zur Bekämpfung der Euro-Krise vorlegen, da hinsichtlich der Rettung der überschuldeten EU-Mitgliedsstaaten zwischen den etablierten Parteien breiter Konsens besteht (Wimmel 2012: 24-26, 31, 70). Hingegen setzt sich die AfD

„aus ökonomischen Gründen für eine kontrollierte Auflösung des Euro-Währungsgebietes sowie für ein Ende der Euro-Rettungspolitik und einen Stopp der Schuldenvergemeinschaft ein“ (AfD 2013f).

Mit ihrer Haltung gegenüber der Euro-Rettungspolitik hatte die single issue Partei im Wahlkampf ein inhaltliches Alleinstellungsmerkmal, da sie als einzige Partei den Euro als eine „Fehlkonstruktion“ (Lucke 2013b) bezeichnete und erweiterte damit das „Spektrum der parteipolitischen Alternativen“ (Wimmel 2012: 70).

Die AfD war mit ihren klar formulierten Aussagen zur Beendigung des „Euroexperiments“ (Lucke 2013a) für den politisch interessierten Bürger eindeutig dem Pol nationaler Souveränität auf der kulturellen Konfliktlinie zuordenbar, während die Bundestagsparteien mehr oder weniger dem Pol supranationale Integration abdecken.

Mit ihren Kernforderungen stieß die eurokritische Partei in der Bevölkerung durchaus auf Zustimmung. In offenen Vorwahlbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen e. V. waren ungefähr ein Viertel der Befragten im April 2013 der Ansicht, dass ein Austritt Deutschlands aus dem Euro gut wäre, 61 Prozent der Interviewten sprachen sich Ende August 2013 gegen weitere Finanzhilfen an Griechenland aus (2013b; 2013c). Für insgesamt 35 Prozent der Wähler war die Euro-Krise für die Wahlentscheidung sehr wichtig (Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2013a: 32). Jedoch sind diese eurokritischen Einstellungen nicht verwunderlich. Martin Dolezal stellte 2008 fest, *„there is a strong demand for cultural demarcation in the German electorate“* (2008: 233).

Dennoch reichte es für die AfD nicht ganz für den Einzug in den Deutschen Bundestag. Dies liegt vermutlich auch an der Tatsache, dass insgesamt nur drei Prozent der Wähler bei dem Kernthema der Partei, der Lösung der gegenwärtigen Euro- und Schuldenkrise auf die Kompetenzen der AfD vertrauten, hingegen 46 Prozent der Union (Infratest dimap 2013: 32).

Jedoch thematisierte die single issue Partei neben dem dominierenden Thema der Kritik an der Strategie zur Rettung des Euros in der Öffentlichkeit ebenfalls den Bereich Einwanderung zunehmend im Wahlkampf 2013. Doch die Position der AfD hinsichtlich der Immigration- und Integrationspolitik wurde in der breit angelegten Kampagnenkommunikation nicht so eindeutig bzw. zum Teil sehr widersprüchlich akzentuiert als im Gegensatz zur Haltung in der Währungs- und Europapolitik. Die ehemals von Bernd Lucke geführte Partei zeichnete sich durch ein ambivalentes Erscheinungsbild aus. Für den Wähler war die Positionierung der Partei auf der kulturellen Konfliktdimension somit nicht klar ersichtlich.

Einerseits betonte die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm 2013, dass Deutschland „qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung“ (AfD 2013i: 3) benötige und setzte sich wie die FDP für „ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild“ (AfD 2013i: 3) ein. Andererseits fordert die Partei in ihrem nur dreiseitigen Wahlprogramm, welches wie ein Forderungskatalog zu lesen ist, „eine untergeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden“ (AfD 2013i: 3). Der Populismusforscher Frank Decker wertet diesen Satz als eine „gängige Position rechtspopulistischer Parteien“ (Fuhr 2013, zit. nach Decker 2013). Doch in der Literatur besteht Einigkeit darüber, dass sich aus dem Bundestagswahlprogramm „keine dezidierten Rückschlüsse hinsichtlich einer rechtspopulistischen Ausrichtung ableiten“ (Häusler 2013: 41; siehe auch Franzmann 2014: 123; Schmitt-Beck 2014: 112) lassen.

Das ambivalente Erscheinungsbild hinsichtlich der Position der AfD in der Einwanderungs- und Integrationspolitik lässt sich nicht nur im Bundestagswahlprogramm 2013 finden, sondern wird auch in der Argumentation von dem ehemaligen AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke sehr deutlich. Seine Reden zum Thema Einwanderung beginnen immer mit der prinzipiellen Zustimmung der Politik der Bundesregierung, die

„versucht den Geburtenmangel auszugleichen durch Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen und bei uns arbeiten und mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass für ältere Generationen eine Rente finanziert werden kann“ (Lucke 2013c: 15:16-15:28).

In einem nächsten Schritt, wie es auch im Wahlprogramm zu lesen ist, kommt der Nachschub, dass nicht alle Menschen nach Deutschland einwandern dürfen. Bernd Lucke erklärt, dass es auch Zuwanderergruppen wie Roma und Sinti gebe, „die auch

in ihren Heimatländern zu den benachteiligten Gruppierungen gehören“ (Lucke 2013c: 16:10-16:14) und die im Zuge der EU-Freizügigkeit nach Deutschland kommen „und sich hier eine bessere Zukunft erhoffen“ (Lucke 2013c: 16:15-16:17). Doch all diese Menschen, nicht nur Roma und Sinti, haben

„aufgrund fehlender Sprachkenntnisse, aufgrund mangelnder Bildung und aufgrund mangelnder Berufserfahrung keine realistische Chance [...] auf Eingliederung in unseren Arbeitsmarkt“ (Lucke 2013c: 16:51-17:03).

Ihnen bliebe laut Bernd Lucke dann nur ein Leben „in Abhängigkeit von staatlichen Almosen“ (Lucke 2013c: 17:53-17:56). Dieses dauerhafte Leben in Hartz IV bezeichnet der ehemalige AfD-Vorsitzende als „menschenunwürdig“ (Lucke 2013c: 17:48-17:50) und aus Verantwortungsgefühl gegenüber den Niedriggebildeten sollte man sie erst gar nicht ins Land lassen. Die logische Konsequenz für ihn daraus ist, dass Deutschland ein Zuwanderungsgesetz nach Qualifikationen benötige. Zwischen seinen Antiimmigration-Statements knüpft Lucke immer wieder an sein Eingangsstatement an, dass doch „alle Bürger, alle EU-Bürger bei uns willkommen“ (Lucke 2013c: 19:06-19:09) sind.

Aus dieser Argumentation wie auch aus dem Bundestagswahlprogramm 2013 wird klar ersichtlich, dass die AfD keine eindeutige Position in der Einwanderungs- und Integrationspolitik bezieht. Diese gewisse Uneinigkeit in der Außendarstellung kam der eurokritischen Partei bei der Bundestagswahl 2013 letztendlich dadurch zugute, dass sie von Wählergruppen mit unterschiedlichen Einstellungen wählbar war und gewann Stimmen von allen politischen Richtungen. Die Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap zeigt deutlich, dass die AfD eine „heterogene Sammlungspartei“ (Neu 2014: 307) ist. 430.000 Stimmen zog die AfD von der vormaligen Wählerschaft der FDP ab sowie weitere 340.000 Stimmen von ehemaligen Linke-Wählern. Außerdem bekam die eurokritische Partei 290.000 Stimmen von Wählern, die 2009 noch die Union gewählt hatten, die SPD verlor 180.000 Stimmen an die Ein-Themenpartei sowie B90/Die Grünen 90.000 Stimmen. Des Weiteren hatte die eurokritische Partei eine hohe Anziehungskraft auf bisherige Wähler von nicht vertretenen Kleinstparteien im Deutschen Bundestag. Insgesamt bekam die AfD 410.000 Stimmen von Wählern, die 2009 noch solche Parteien gewählt hatten (Infratest dimap 2013: 19).

Die Heterogenität zeigt sich auch in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaft. Betrachtet man die Wahlentscheidung in den einzelnen Berufsgruppen

so zeigt sich, dass die AfD Unterstützer in allen Berufszweigen einschließlich der Arbeiter hat, die jedoch traditionellerweise den Linksparteien näher stehen.

Außerdem nimmt die Wahlentscheidung für die AfD mit dem Alter ab. Dies bestätigt auch die Kontrollvariable Alter, die auf dem Ein-Prozentniveau statistisch signifikant ist (siehe Tabelle 1 Spalte 2). Vor allem junge Menschen haben die neu gegründete Partei bei der Bundestagswahl 2013 gewählt. Dies liegt vermutlich an der Tatsache, dass die Partei nicht nur auf herkömmlichen Weg Wahlkampf betrieben hat, sondern auch über die sozialen Medien wie Facebook und dort gezielt junge Menschen mit ihrer Programmatik angesprochen hat.

Auffällig ist allerdings, wie auch bei den meisten rechtspopulistischen Parteien, dass die AfD eine hohe Anziehungskraft auf Männer hat. Diese sind mit sechs Prozent gemessen an dem Wahlergebnis überproportional in der Wählerschaft vertreten, hingegen die Frauen mit vier Prozent unterrepräsentiert. Es lässt sich somit eine *Gender gap* bei der Wahl für die eurokritische Partei feststellen (Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2013a: 42-46). Dies beweist auch die Kontrollvariable Geschlecht, die auf dem Ein-Prozentniveau statistisch signifikant ist. Handelt es sich bei dem Wähler um einen Mann, dann steigt die Wahlwahrscheinlichkeit zugunsten der AfD statt für eine andere Partei zu votieren (siehe Tabelle 1 Spalte 2).

Warum die eurokritische Partei ein Frauendefizit bzw. einen Männerüberschuss zu verzeichnen hat, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. In der Literatur gibt es noch keine eindeutigen Belege dafür, warum das Wahlverhalten der Frauen von dem der Männer abweicht. Jedoch sind die Frauen in den Kleinstparteien durchwegs unterrepräsentiert und rechtsradikale Parteien finden wenig Unterstützung bei dem weiblichen Geschlecht (Bieber 2011).

4.4 Kosmopolitische Konfliktlinie

Die Ergebnisse für die letzte der vier Spannungslinien sind wie für die anderen ebenfalls nicht überraschend. Wie sich aus Tabelle 1 Spalte 1 entnehmen lässt, ist nur die Variable Volksentscheid auf dem Fünf-Prozentniveau statistisch signifikant. Dieser Effekt verliert jedoch durch die Aufnahme der weiteren unabhängigen Variablen in die Modellschätzung seine Signifikanz (siehe Tabelle 1 Spalte 2).

Dies bedeutet, dass unter Berücksichtigung aller unabhängigen Variablen kein signifikanter Zusammenhang zwischen der Forderung nach bindendem

Volksentscheid und der Wahlwahrscheinlichkeit für die AfD besteht. Ein möglicher Grund, warum die Variable ihre Wirkung verliert, könnte mit der Tatsache zusammenhängen, dass zwischen der Forderung nach direktdemokratischen Elementen und der prospektiven Bewertung der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland eine positive Korrelation vorliegt (siehe Anhang Tabelle A1 Spalte 4 und 5). Zu diesem Ergebnis kommen auch Bruno Frey und Alois Stutzer, die die Auswirkungen der direkten Demokratie auf das wirtschaftliche Niveau eines Landes exemplarisch für die Schweiz untersuchten. Mit den direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten steigt die Zufriedenheit in der Bevölkerung (Frey 2014).

Für die Variable Volksentscheid und Energieversorgung bedeutet dies im Umkehrschluss, dass sie nicht mit den Präferenzen für die AfD zusammenhängen. Auch ergibt sich kein signifikanter Unterschied auf die Wahlwahrscheinlichkeit der eurokritischen Partei ob eine Person in der Stadt oder auf dem Land wohnt.

Eine mögliche Erklärung, warum die Variable Volksentscheid in Tabelle 1 Spalte 1 erst einen signifikanten Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit hatte und der Koeffizient Energieversorgung nicht, ist vermutlich die Tatsache, dass die AfD neben der klaren Position in währungs- und europapolitischen Sachfragen diese auch bei dem Thema Demokratie in der breit angelegten Kampagnenkommunikation akzentuierte. In ihrem Bundestagswahlprogramm 2013 forderte die Partei „*eine Stärkung der Demokratie und der demokratischen Bürgerrechte*“ (AfD 2013i: 2). Ziel ist es „*Volksabstimmungen und –initiativen nach Schweizer Vorbild ein[zu]führen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU*“ (AfD 2013i: 2). Die Forderung nach direkter Demokratie wird auch in den herausgegebenen Pressemitteilungen auf der Homepage thematisiert. So hieß es im Juni 2013

„mehr Demokratie in Europa heißt, mehr Entscheidungen in die Länder-Parlamente zu verlagern, nicht, sie auf undemokratische Organisationen zu übertragen“ (Starbatty/Gauland 2013).

Ebenfalls sind auf ihrer Facebookseite Slogans zu lesen wie die Forderung nach: „*stärkere, direkte[r] Mitwirkung der Bürger an europolitischen Angelegenheiten*“ (Lucke 2013e).

Die Stärkung der Volksrechte ist aber nicht verwunderlich, da es ein „*gängiger Reflex populistischer Parteien*“ (Marti 2014) ist.

Im Gegensatz zum Thema Demokratie und der Europa- sowie Immigrationspolitik wurde die Energiepolitik nur in dem Bundestagswahlprogramm 2013 thematisiert.

Dort fordert die Partei „*ein nachhaltiges Energiekonzept für bezahlbare Energie*“ (AfD 2013i: 3).

5 Fazit

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit sollte untersucht werden, inwieweit die Cleavage-Ansätze das Wahlverhalten zugunsten der AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 prägen und ob alle vier Konfliktlinien in dem gleichen Maße Erklärungskraft besitzen.

Die vorliegenden empirischen Ergebnisse in Tabelle 1 haben gezeigt, dass unter Berücksichtigung der fünf Kontrollvariablen insgesamt nur zwei von 19 Variablen statistisch signifikant bzw. hoch signifikant sind, wobei nur das Ergebnis für den Koeffizienten Schuldenkrise als robust angesehen werden kann. Betrachtet man das Pseudo-R-Quadrat, dass zur Beurteilung der Modellgüte herangezogen werden kann, in Tabelle 1 Spalte 1 mit demjenigen Wert in Spalte 2, so besitzt das erste Modell eine um rund sechs Prozent geringere Erklärungskraft. Das bedeutet, dass ungefähr rund 14 Prozent der Varianz in der abhängigen Variable durch die zentralen unabhängigen Variablen erklärt werden kann. Hingegen die Untersuchung in Tabelle 1 Spalte 2, dass zusätzlich zu den zentralen unabhängigen Variablen noch die Kontrollvariablen enthält, kann rund 20 Prozent erklären. Bezogen auf die Ausgangsfrage kann damit festgehalten werden, dass die vier Spannungslinien nur einen sehr geringen Teil zur Erklärung des Wahlverhaltens zugunsten der AfD beitragen können.

Jedoch hat die empirische Auswertung auch gezeigt, dass nicht alle vier Konfliktdimensionen in dem gleichen Maße Erklärungskraft besitzen. Die kulturelle Spannungslinie hat im Vergleich zu den anderen vier Konfliktlinien den größten Einfluss auf die Wahl der eurokritischen Partei. Neben der Variable Schuldenkrise besitzt auch der Indikator Zuzugsmöglichkeit durchaus eine Erklärungskraft. Dies ist nicht verwunderlich, da die Problemfelder Währungs- und Europapolitik sowie Immigrationspolitik zu den zentralen Wahlkampfthemen der AfD zählten. Während die religiös-konfessionelle und die kosmopolitische Spannungslinie unter Berücksichtigung der weiteren unabhängigen Variablen keine Wirkung auf die Wahl der single issue Partei entfaltet, spielt die Bindung an eine Gruppe in Bezug auf die ökonomische Konfliktdimension eine kleinere Rolle. Nur die Variable Frauenquote hat einen Effekt auf die Wahl zugunsten der AfD.

Das abgesehen von der kulturellen Spannungslinie, keine der anderen drei einen relevanten Effekt auf die Wahl hat, ist nicht überraschend. Aufgrund der kurzen

Zeitspanne zwischen Parteigründung und Bundestagswahl war es für die Partei nicht möglich, eine umfassende Programmatik zu entwickeln und diese auch in der breit angelegten Kampagnenkommunikation zu akzentuieren. So fokussierte sich die AfD auf das zentrale Thema ihres Gründungsanlasses, dass von den etablierten Parteien im Bundestagswahlkampf „tot geschwiegen“ worden ist sowie auf das Thema Einwanderung.

Somit wurde die single issue Partei vor allem aus währungs- und europapolitischen Einstellungen gewählt, aber auch sozialstrukturelle Variablen begünstigten die Wahl. Dennoch lassen sich die Wähler nicht eindeutig durch bestimmte Merkmale und Eigenschaften ausmachen.

Durch den Erfolg der eurokritischen Partei bei der Europawahl im Mai 2014 und bei den Landtagswahl im Osten 2014 in Sachsen, Brandenburg, Thüringen sowie bei den Bürgerschaftswahlen 2015 in Westen in Hamburg und Bremen, könnte man vermuten, dass sich nach den zwei Jahren seit ihrer Gründung im Februar 2013 eine Gruppe von Menschen herausgebildet hat, die sich durch eindeutige Merkmale kennzeichnen und ein „Bündnis“ mit der AfD eingegangen sind. Dies müsste man aber in weiterführenden Untersuchungen überprüfen.

6 Literaturverzeichnis

AfD (2013a): Positionspapier zur ISAF-Mission in Afghanistan. Pressemitteilung, September 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/09/page/7/> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013b): Steigende Verlustzahlen in Afghanistan. Pressemitteilung, September 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/09/page/8/> (abgerufen am 16. Juni 2013).

AfD (2013c): Keine Zustimmung für Angriff auf Syrien: Gauland begrüßt Haltung des britischen Parlaments. Pressemitteilung, September 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/09/page/9/> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013d): Alexander Gauland: kein Mandat für Militärschlag. Pressemitteilung, August 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/alexander-gauland-kein-mandat-fuer-militaerschlag/#more-82898> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013e): AfD lehnt Militäreinsatz in Syrien ab. Pressemitteilung, August 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/afd-lehnt-militaereinsatz-syrien-ab/#more-82896> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013f): Alternative für Deutschland: Beamtenstreik in Griechenland. Auf Zank folgt Zecke, Pressemitteilung, 17. Juli 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/alternative-fuer-deutschland-beamtenstreik-griechenland/> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013g): Bundesregierung lässt ihre Bürger und Unternehmen im Stich. Pressemitteilung, 25. Juni 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/06/> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013h): Lauschprogramm betrifft Deutschland in vielerlei Hinsicht. Pressemitteilung, 12. Juni 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/06/page/3/> (abgerufen am 16. Juni 2015).

AfD (2013i): *Wahlprogramm Alternative für Deutschland*, in:

- https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD_Wahlprogramm-BTW-2013-kurz.pdf
(abgerufen am 02. Juni 2015).
- Alber, Jens (1985): Modernisierung, neue Spannungslinien und die politischen Chancen der Grünen, in: Politische Vierteljahresschrift 26 (3), 211-226.
- Arzheimer, Kai und Schoen, Harald (2007): Mehr als eine Erinnerung an das 19. Jahrhundert? Das sozio-ökonomische und das religiös-konfessionelle Cleavage und Wahlverhalten 1994-2005, in: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W. und Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wahlverhaltens im wiedervereinigten Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 89-112.
- Bartolini, Stefano und Mair, Peter (1990): *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bieber, Ina (2011): Der weibliche Blick: Verhalten sich Frauen anders?, in: Bytzek, Evelyn und Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 253-272.
- Campell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E. und Stokes, Donald E. (1960): *The American Voter*. New York: Wiley.
- Campell, Angus/Gurin, Gerald und Miller, Warren E. (1954): *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson und Company.
- CSU (2007): *Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten. Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern*. München: Atwerb Verlag.
- Dolezal, Martin (2008): Germany: the dog that didn't bark, in: Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolzeal, Martin/Bornschier, Simon und Frey, Timotheos (Hrsg.): *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press, 208-233.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper &

Row.

Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (2000): Die soziale Frage als „neue“ Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998, in: van Deth, Jan/Rattinger, Hans und Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*. Opladen: Leske+Budrich, 93-115.

Franzmann, Tobias (2014): Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive. In: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 20, 115-124.

Friedrich, Sebastian (2015): *Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilmachung in Deutschland*. Berlin: Bertz und Fischer.

Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2013a): *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*, Berichte der FGW. Nr. 158, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2013b): Politikbarometer August IV 2013, in: http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2013/August_IV_2013/ (abgerufen am 16. Juni 2015).

Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2013c): Politikbarometer April I 2013, in: http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2013/April_I_2013/ (abgerufen am 16. Juni 2013).

Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2002): *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002*, Berichte der FGW. Nr. 108, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen e. V.

Frey, Bruno (2014): Wie vertragen sich direkte Demokratie und Wirtschaft?, in: <http://www.oekonomenstimme.org/artikel/2014/03/wie-vertragen-sich-direkte-demokratie-und-wirtschaft/> (abgerufen am 30. Juni 2015).

Fuhr, Lukas (2013): Die „Alternative für Deutschland“ hat ein Problem, in: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.euro-gegner-die-alternative-fuer-deutschland-hat-ein-problem.b2f4d88e-a3ac-4229-8102-b594de57eb8a.html>

(abgerufen am 16. Juni 2013).

Habich, Roland (2013): Sozialstruktur und soziale Lage. Soziale Lage und soziale Schichtung, in: Statistisches Bundesamt (Destatis)/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Zentrales Datenmanagement (Hrsg.): *Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, in: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2013.pdf?__blob=publicationFile (aufgerufen am 18. Juni 2015), 181-226.

Häusler, Alexander (2013): *Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertieften Auseinandersetzung*. Düsseldorf: Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen.

Herbert, Ulrich (2001): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München: Verlag C.H.Beck.

Infratest dimap (2013): *Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013*. Berlin: Infratest dimap.

Inglehart, Roland (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Roland (1989): *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*, Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag GmbH.

Inglehart, Roland (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Politic Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Roland (1971): The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *The American Political Science Review* 65 (4), 991-1017.

Jagodzinski, Wolfgang (1995): Säkularisierung und religiöser Glaube. Rückgang traditioneller Religiosität und religiöser Pluralismus in Westeuropa, in: Reuband, Karl-Heinz/Pappi, Franz U. und Best, Heinrich (Hrsg.): *Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive. Festschrift für Erwin K. Scheuch zum 65. Geburtstag*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 261-285.

- Jagodzinski, Wolfgang und Dobbelaere, Karel (1993): Der Wandel kirchlicher Religiosität in Westeuropa, in: Bergmann, Jörg/Hahn, Alois und Luckmann, Thomas (Hrsg.): *Religion und Kultur*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 68-91.
- Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise, in: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf> (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Klein, Markus (2014): Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten, in: Falter, Jürgen W. und Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 563-590.
- Knutsen, Oddbjørn (1988): The Impact of Structural and Ideological Party Cleavages in West European Democracies: A Comparative Empirical Analysis, in: *British Journal of Political Science* 18 (3), 323-352.
- Knutsen, Oddbjørn und Scarbrough, Elinor (1995): Cleavage Politics, in: van Deth, Jan W. und Scarbrough, Elinor (Hrsg.): *Beliefs in Government Volume Four. The Impact of Values*. New York: Oxford University Press, 492-523.
- Koopmans, Ruud (1999): Deutschland und seine Einwanderer: ein gespaltenes Verhältnis, in: Kaase, Max und Schmid, Günther (Hrsg.): *Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, 2., unveränderte Auflage. Berlin: edition sigma, 165-199.
- Krauel, Torsten (2000): Was ist die „deutsche Leitkultur“? Bei der Begriffsbestimmung wird sich kein Konsens finden lassen – Leitartikel, in: <http://www.welt.de/print-welt/article539521/Was-ist-deutsche-Leitkultur.html> (abgerufen am 23.04.2015).
- Krautkrämer, Felix (2014): *Aufstieg und Etablierung der „Alternative für Deutschland“: Geschichte, Hintergründe und Bilanz einer neuen Partei*, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Berlin: Junge-Freiheit-Verlag.
- Kriesi, Hanspeter (1998): The Transformation of Cleavage Politics. The 1997 Stein Rokkan lecture, in: *European Journal of Political Research* 33 (2), 165-185.

- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon und Frey, Timotheos (Hrsg.) (2008): Globalization and its impact on national spaces of competition, in: Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon und Frey, Timotheos: *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press, 3-22.
- Langer, Wolfgang/Rademacher, Christian und Völkl, Kerstin (2013): Rationale Wähler im Mehrebenensystem? Individuelle Wahlabsicht bei Bundestags-, Landtags- und Europawahlen 2009, in: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald und Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 452-474.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard und Gaudet, Hazel (1944): *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein: *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. Cross National Perspectives*. New York: Free Press, 1-64.
- Lucke, Bernd (2013a): Frankreich weitet Defizite aus. Pressemitteilung, September 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/09/page/7/> (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Lucke, Bernd (2013b): Schäubles Chefberater rechnet mit Eurozusammenbruch, Pressemitteilung, 18. August 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/schaeubles-chefberater-rechnet-mit-eurozusammenbruch/#more-82865> (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Lucke, Bernd (2013c): Rede am 22. Juli 2013 in Weinheim, in: <https://www.youtube.com/watch?v=ZlE4pLL2DYk> (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Lucke, Bernd (2013d): Alternative für Deutschland: Sparer zahlen die EZB-Zeche. Pressemitteilung, 05. Juli 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/07/page/6/> (abgerufen am 16. Juni 2015).

- Lucke, Bernd (2013e): Deutschland braucht den Euro nicht. Post auf Facebook am 07.05.2013, in: https://www.facebook.com/alternativefuerde/timeline?ref=page_internal (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Marti, Simon (2014): Volksentscheide. Der Traum aller Populisten, in: <http://www.cicero.de/berliner-republik/direkte-demokratie-alternative-volksentscheid/57581> (abgerufen am 30. Juni 2015).
- Merkel, Wolfgang (1993): *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt a. M. & New York: Campus Verlag.
- Merz, Friedrich (2000): Einwanderung und Identität. Unionsfraktionschef Friedrich Merz zur Diskussion um die „freiheitliche deutsche Leitkultur“, in: <http://www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung-und-Identitaet.html> (abgerufen am 23.04.2015).
- Meyer, Sarah und Rosenberger, Sieglinde (2008): Europäisierung durch nationale Wahlen? EUropa im österreichischen Nationalratswahlkampf 2006, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37 (3), 297-314.
- Meyer, Thomas (1998): *Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*. Bonn: Dietz.
- Mielke, Gerd (2001): Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, in: Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 77-95.
- Müller, Walter (1998): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50 (1), 3-46.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2006): Europapolitik als Staatsräson, in:

- Zohlnhöfer, Reimut und Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 467-490.
- Neu, Viola (2014): Hidden champions oder ewige Verlierer? Die „sonstigen“ Parteien bei der Bundestagswahl, in: Jesse, Eckhard und Strum, Roland (Hrsg.): *Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. Baden-Baden: Nomos, 295-312.
- Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in: Niedermayer, Oskar: *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2015*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 175-207.
- Niedermayer, Oskar (2009): Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien, in: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar und Westle, Bettina (Hrsg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 30-67.
- Pappi, Franz U. (1984): The West German Party System, in: Bartolini, Stefano und Mair, Peter (Hrsg.): *Party Politics in Contemporary Western Europe*. London & Totowa: Frank Cass and Company Limited, 7-26.
- Pappi, Franz U. (1977): Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976, in: Kaase, Mas (Hrsg.): *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 195-229.
- Petry, Frauke (2013): Einwanderung braucht strikte Regeln. Bild auf Facebook am 29. Juli 2013, in: https://www.facebook.com/alternativefuerde/timeline?ref=page_internal (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Rae, Douglas W. und Taylor, Michael (1970): *The Analysis of Political Cleavages*. New Haven & London: Yale University Press.
- Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard und Wolf, Christof (2014): Nachwahl-Querschnitt (GLES 2013). GESIS Datenarchiv,

- Köln: ZA5701 Datenfile Version 2.0.0, doi: 10.4232/1.11940.
- Roller, Edeltraud (1997). Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: Garbriel, Oscar W. (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich Verlag, 115-146.
- Römmele, Andrea (1999): Cleavage Structures and Party Systems in East and Central Europe, in: Lawson, Kay/Römmele, Andrea und Karasimeonov, Georgi (Hrsg.): *Cleavages, Parties and Voters. Studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania*. Westport: Praeger Publishers, 3-17.
- Schattschneider, Eric E. (1964): *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*. New York. Holt.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2014): Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternativen für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 45 (1), 94-112.
- Schnell, Rainer und Kohler, Ulrich (1995): Empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953-1992, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47 (4), 634-658.
- Schoen, Harald (2014): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, Jürgen und Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 169-239.
- Starbatty, Joachim und Gauland, Alexander (2013): Mehr Demokratie für Europa. Pressemitteilung, Juni 2013, in: <http://www.alternativefuer.de/2013/06/page/5/> (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Sturm, Roland (2002): Europa – kein Wahlkampfthema? Die Bundestagswahl 2002 im Kontext der europäischen Union. in: Der Bürger im Staat 52 (1/2), in: http://www.buergerimstaat.de/1_2_02/sturm.htm (abgerufen am 16. Juni 2015).
- Taggart, Paul (1998): A touchstone of dissent: Euroscepticism in contemporary

- Western European party systems, in: *European Journal of Political Research* 33 (3), 363-388.
- Weßels, Bernhard (1997): Politisierung entlang neuer Konfliktlinien?, in: Klein, Ansgar und Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Baden-Baden: NOMOS Verlagsgesellschaft, 205-230.
- Wimmel, Andreas (2012): Deutsche Parteien in der Euro-Krise: Das Ende des Konsensprinzip?, in: *Integration – Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik* 01/2012, 19-34.
- Wolf, Christof (1996): Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37 (4), 713-734.

Anhang

Tabelle A1: Wirkung der vier Konfliktlinien und detaillierte Darstellung der weiteren unabhängigen Variablen auf das Wahlverhalten zugunsten der AfD bei der Bundestagswahl am 22. September 2013

Variablen	(1) Wahl der AfD	(2) Wahl der AfD	(3) Wahl der AfD	(4) Wahl der AfD	(5) Wahl der AfD	(6) Wahl der AfD
Kirchgang	-0.0139 (-0.0902)	0.0481 (0.312)	0.110 (0.716)	0.153 (0.988)	0.212 (1.374)	0.0933 (0.515)
Religiosität	-0.153 (-0.729)	-0.0708 (-0.341)	-0.0189 (-0.0907)	0.00335 (0.0156)	-0.0946 (-0.432)	0.0694 (0.301)
Katholik	0.571 (1.224)	0.308 (0.655)	0.212 (0.453)	0.224 (0.461)	0.202 (0.409)	-0.156 (-0.283)
Protestant	0.340 (0.816)	0.154 (0.365)	0.108 (0.256)	0.0484 (0.111)	0.238 (0.525)	-0.0692 (-0.139)
Mitglied einer anderen nicht christ- lichen Religions- gemein- schaft	1.647 (1.333)	1.289 (1.031)	1.166 (0.887)	1.216 (0.934)	1.697 (1.375)	1.706 (1.339)
Gewerk- schaft	-0.200 (-0.414)	-0.198 (-0.404)	-0.415 (-0.836)	-0.419 (-0.825)	-0.318 (-0.626)	0.0133 (0.0254)
Arbeiter	-0.0636 (-0.123)	-0.548 (-0.998)	-0.841 (-1.516)	-0.856 (-1.508)	-0.978* (-1.653)	-1.465* (-1.956)
Arbeiter- schicht	-0.0223 (-0.580)	-0.205 (-0.528)	-0.197 (-0.500)	-0.279 (-0.666)	-0.380 (-0.874)	-0.634 (-1.269)
Steuern	0.0143 (0.221)	0.0187 (0.284)	0.0166 (0.249)	0.0316 (0.461)	0.0366 (0.525)	0.0331 (0.427)
Ein-	0.217	0.201	0.214	0.0710	0.0820	-0.167

kommens- unterschied	(1.493)	(1.363)	(1.433)	(0.429)	(0.480)	(-0.858)
Markt- freiheit	-0.121 (-0.931)	-0.139 (-1.065)	-0.142 (-1.063)	-0.151 (-1.089)	-0.184 (-1.300)	-0.155 (-1.010)
Frauen- quote	0.208* (1.762)	0.251** (2.103)	0.168 (1.361)	0.221* (1.736)	0.175 (1.330)	0.291** (2.022)
Bildung	0.217* (1.654)	0.0823 (0.583)	0.0559 (0.399)	0.0568 (0.395)	-0.0106 (-0.0707)	-0.0307 (-0.184)
Ein- wanderer	-0.119 (-0.676)	-0.167 (-0.946)	-0.142 (-0.806)	-0.167 (-0.926)	-0.136 (-0.748)	-0.226 (-1.069)
Zuzugs- möglich- keit	0.135** (1.962)	0.169** (2.346)	0.175** (2.424)	0.183** (2.422)	0.152** (1.986)	0.167* (1.941)
Schulden- krise	0.584*** (3.656)	0.589*** (3.647)	0.650*** (3.965)	0.712*** (4.048)	0.661*** (3.749)	0.6333*** (3.234)
Volks- entscheid	-0.406** (-2.408)	-0.408** (-2.370)	-0.437** (-2.538)	-0.378** (-2.164)	-0.343* (-1.946)	-0.235 (-1.238)
Energie- versorgung	-0.0787 (-0.640)	-0.0530 (-0.428)	-0.0264 (-0.209)	-0.0106 (-0.0795)	-0.121 (-0.875)	-0.143 (-0.958)
Land	-0.147 (-0.445)	-0.102 (-0.308)	-0.194 (-0.576)	-0.270 (-0.787)	-0.295 (-0.835)	-0.291 (-0.748)
Alter		0.0314** * (3.034)	0.0349** * (3.456)	0.0368*** (3.517)	0.0391** * (3.667)	0.0421*** (3.595)
Geschlecht			1.169*** (3.303)	1.242*** (3.347)	1.211*** (3.181)	1.073*** (2.586)
Einkomme n				0.00957 (0.124)	0.0339 (0.430)	0.0444 (0.512)
Wirt- schaftslage					0.673*** (2.917)	0.478* (1.881)
Observatio ns	1,209	1,209	1,209	1,082	1,063	1,032
Pseudo-R- Quadrat	0.139	0.160	0.1888	0.195	0.216	0.204
LR chi2	60.35	69.63	81.63	78.99	85.77	67.82

Prob>2	3.41e-06	3.41e-06	3.41e-06	3.41e-06	3.41e-06	3.41e-06
z-statistics in parentheses						
*** p<0.01, ** p>0.05; * p<0.1						

Abbildung A1: Frauke Petry „Einwanderung braucht strikte Regeln“

Alternative für Deutschland
29. Juli 2013 · 🌐

Und weiter geht es mit unserem Graswurzel-Wahlkampf: Im Plakatspendenshop steht ab heute ein drittes Plakat zur Auswahl. Bitte klickt hier und holt euch per Spende ein #AfD-Plakat direkt in euren Wohnort: <https://plakatspende.alternativefuer.de/>

Halb Deutschland wartet auf eine Alternative - zeigen wir mit unseren Großplakaten überall, dass wir DA sind.
Damit die Etablierten im September ein #BlauesWunder erleben!

MUT ZUR WAHRHEIT

Einwanderung braucht strikte Regeln

Am 22. September AfD wählen!

Alternative für Deutschland

Dr. Frauke Petry
Sprecherin der AfD

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Rosemarie Evers, Dorothea Hohner, Thomas Seitz und 2.484 anderen gefällt das.

755 mal geteilt

Petry, Frauke (2013): Einwanderung braucht strikte Regeln. Post auf AfD-Facebookseite,
https://www.facebook.com/alternativefuerde/timeline?ref=page_internal
 (abgerufen am 16. Juni 2015)

Abbildung A2: Überprüfung Multikollinearität

```
. pwcorr Kirchgang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft andereGem
> einschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern Einkommensunterschied Markt
> freiheit Frauenquote Bildung ANEinwanderer Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volkse
> scheid Energieversorgung ländlich
```

	Kirchg~g	Religi~t	Protes~t	Katholik	christ~t	andere~t	Gewerk~t
Kirchgang	1.0000						
Religiosität	0.6918	1.0000					
Protestant	0.1261	0.2011	1.0000				
Katholik	0.3972	0.3686	-0.4379	1.0000			
christlich~t	0.1160	0.1306	-0.0808	-0.0638	1.0000		
andereGeme~t	0.0313	0.0415	-0.0929	-0.0734	-0.0135	1.0000	
Gewerkschaft	0.0263	0.0179	0.0009	0.0030	0.0056	0.0468	1.0000
Arbeiter	-0.0523	-0.1086	-0.0656	-0.0281	0.0053	0.1124	0.1180
Arbeitersc~t	-0.1344	-0.1616	-0.0479	-0.0929	-0.0148	0.0661	0.0572
Steuern	-0.1023	-0.1384	-0.0213	-0.1421	0.0201	0.0357	0.0427
Einkommens~d	0.1568	0.1957	0.0464	0.1238	0.0260	-0.0046	0.0005
Marktfreih~t	-0.0208	-0.0477	-0.0180	-0.0788	-0.0135	0.0017	0.0414
Frauenquote	0.0434	0.0205	-0.0322	0.0202	0.0073	0.0111	0.0074
Bildung	-0.0349	-0.0100	0.0166	-0.0560	0.0366	-0.0044	-0.0071
ANEinwande~r	0.0191	0.0549	-0.0355	-0.0224	0.0849	0.0692	0.0948
Schuldenkr~e	-0.1508	-0.1266	-0.0275	-0.0720	-0.0400	-0.0597	-0.0489
Zuzugsmögl~t	-0.1215	-0.1319	0.0458	-0.0668	-0.0763	-0.1052	-0.0566
Volkse~ntsc~d	0.1643	0.1613	0.0492	0.0640	0.0186	0.0137	-0.0240
Energiever~g	-0.0047	0.0628	0.0517	-0.0157	-0.0006	0.0538	0.0144
ländlich	0.0113	0.0047	0.0213	0.0441	-0.0402	-0.0159	-0.0142

	Arbeiter	Arbeit~t	Steuern	Einkom~d	Marktf~t	Frauen~e	Bildung
Arbeiter	1.0000						
Arbeitersc~t	0.2775	1.0000					
Steuern	0.0159	0.0812	1.0000				
Einkommens~d	-0.0474	-0.2056	-0.2191	1.0000			
Marktfreih~t	-0.0229	0.0839	0.1984	-0.2368	1.0000		
Frauenquote	0.0310	-0.0460	-0.0589	0.2620	-0.1627	1.0000	
Bildung	-0.1030	-0.3685	0.0499	0.1174	-0.0092	0.0129	1.0000
ANEinwande~r	0.0265	-0.1027	0.2325	-0.0164	0.0189	0.0595	0.2047
Schuldenkr~e	0.0241	0.1661	-0.1224	-0.0424	-0.0208	0.0338	-0.1501
Zuzugsmögl~t	0.0190	0.1539	-0.1161	-0.0663	0.0266	-0.0358	-0.2442
Volkse~ntsc~d	-0.0105	-0.0853	-0.1023	0.3102	-0.0963	0.2017	0.1041
Energiever~g	-0.0347	-0.0607	0.1736	-0.1150	0.1124	-0.0935	0.0584
ländlich	0.0566	0.1221	-0.0803	-0.0072	0.0040	0.0100	-0.1614

	ANEinw~r	Schuld~e	Zuzugs~t	Volkse~d	Energi~g	ländlich
ANEinwande~r	1.0000					
Schuldenkr~e	-0.2616	1.0000				
Zuzugsmögl~t	-0.3901	0.3559	1.0000			
Volkse~ntsc~d	0.0720	-0.1601	-0.1078	1.0000		
Energiever~g	0.1286	-0.0362	-0.1858	-0.0818	1.0000	
ländlich	-0.1316	0.0265	0.0911	-0.0203	-0.0487	1.0000

. estat vif		
Variable	VIF	1/VIF
Katholik	2.27	0.440267
Religiosität	2.20	0.455180
Kirchgang	2.07	0.483518
Protestant	1.90	0.526963
Zuzugsmögl~t	1.40	0.712668
ANEinwande~r	1.38	0.722582
Arbeitersc~t	1.35	0.738712
Bildung	1.31	0.764812
Einkommens~d	1.29	0.773520
Steuern	1.24	0.806153
Schuldenkr~e	1.22	0.818534
Volksentsc~d	1.18	0.850881
Arbeiter	1.17	0.856593
Frauenquote	1.15	0.866212
Energiever~g	1.14	0.878505
Marktfreih~t	1.13	0.882925
christlich~t	1.12	0.896447
andereGeme~t	1.11	0.904330
ländlich	1.06	0.940702
Gewerkschaft	1.05	0.954754
Mean VIF	1.39	

Eigene Darstellung

Do file

```
use "\\fsb1\Campus\62C8765FB2B38DAC\Desktop\ZA5701_v2-0-0.dta"
tab q19bb
tab q19bb, nolabel
gen AfD=1
replace AfD=0 if q19bb<322
replace AfD=. if q19bb<0
tab AfD
tab q206
tab q206, nolabel
gen Kirchgang=q206
replace Kirchgang=. if q206<0
tab Kirchgang
tab q207
gen Religiosität=q207
replace Religiosität=. if q207<0
tab Religiosität
tab q205
gen Konfession=q205
replace Konfession=. if q205<0
gen Protestant=1
replace Protestant=0 if Konfession>2
replace Protestant=. if q205<0
tab Protestant
gen Konfessionslos=1
replace Konfessionslos=0 if Konfession<6
replace Konfessionslos=. if q205<0
tab Konfessionslos
gen Katholik=1
replace Katholik=0 if Konfession>3
replace Katholik=0 if Konfession<3
replace Katholik=. if q205<0
tab Katholik
```

```
gen christlicheGemeinschaft=1
replace christlicheGemeinschaft=0 if Konfession<4
replace christlicheGemeinschaft=0 if Konfession>4
replace christlicheGemeinschaft=. if q205<0
tab christlicheGemeinschaft
gen andereGemeinschaft=1
replace andereGemeinschaft=0 if Konfession>5
replace andereGemeinschaft=0 if Konfession<5
replace andereGemeinschaft=. if q205<0
tab andereGemeinschaft
tab q227a
gen Gewerk=q227a
replace Gewerk=. if q227a<0
gen Gewerkschaft=1
replace Gewerkschaft=0 if Gewerk>3
replace Gewerkschaft=. if q227a<0
tab Gewerkschaft
tab q173
gen Beruf=q173
replace Beruf=. if q173<1
gen Arbeiter=1
replace Arbeiter =0 if Beruf>13
tab Arbeiter
tab q83c
gen Marktfreiheit=q83c
replace Marktfreiheit=. if q83c<0
tab Marktfreiheit
tab q83d
gen Einkommensunterschied=q83d
replace Einkommensunterschied=. if q83d<0
tab Einkommensunterschied
tab q83b
gen Frauenquote=q83b
replace Frauenquote=. if q83b<0
```

tab Frauenquote
tab q99
gen Steuern=q99
replace Steuern=. if q99<0
tab Steuern
tab q204
gen Schicht=q204
replace Schicht=. if q204<0
gen Arbeiterschicht=1
replace Arbeiterschicht=0 if Schicht>2
replace Arbeiterschicht=0 if Schicht<2
replace Arbeiterschicht=. if q204<0
tab Arbeiterschicht
tab q169
gen Bildung=q169
replace Bildung=. if q169<0
tab Bildung
tab q83a
gen Einwanderer=q83a
replace Einwanderer=. if q83a<0
tab Einwanderer
tab q83e
gen Schuldenkrise=q83e
replace Schuldenkrise=. if q83e<0
tab Schuldenkrise
tab q100
gen Zuzugsmöglichkeit=q100
replace Zuzugsmöglichkeit=. if q100<0
tab Zuzugsmöglichkeit
tab q231
gen Land=1
replace Land=0 if q231>2
tab Land
tab q83g

```
gen Energieversorgung=q83g
replace Energieversorgung=. if q83g<0
tab Energieversorgung
tab q83f
gen Volksentscheid=q83f
replace Volksentscheid=. if q83f<0
tab Volksentscheid
tab q1
gen Geschlecht=1
replace Geschlecht=0 if q1==2
tab Geschlecht
tab q159a
gen PI=q159a
replace PI=. if q159a<0
gen Parteibindung=1
replace Parteibindung=0 if PI>322
replace Parteibindung=0 if PI<322
replace Parteibindung=. if q159a<0
tab Parteibindung
tab q229
gen Einkommen=q229
replace Einkommen=. if q229<0
tab Einkommen
tab q14
gen Wirtschaftslage=q14
replace Wirtschaftslage=. if q14<0
tab Wirtschaftslage
tab q2c
gen Alter=q2c
replace Alter=. if q2c>1995
tab Alter
reg AfD Kirchgang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft
andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern
```

Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer
 Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land
 pwcorr Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft
 andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern
 Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer
 Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land
 estat vif

rvfplot

logistic AfD Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft
 andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern
 Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer
 Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land
 local $E_p = e(p)$

outreg2 using AfD, word addstat(Pseudo R-Quadrat, $e(r^2_p)$, LR χ^2 , $e(\chi^2)$,
 Prob>0, 'Ep') tstat

logistic AfD Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft
 andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern
 Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer
 Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land
 Parteibindung Geschlecht Alter Einkommen Wirtschaftslage

outreg2 using AfD, word addstat(Pseudo R-Quadrat, $e(r^2_p)$, LR χ^2 , $e(\chi^2)$,
 Prob>0, 'Ep') tstat

logistic AfD Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft
 andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern
 Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer
 Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land Alter
 outreg2 using AfD, word addstat(Pseudo R-Quadrat, $e(r^2_p)$, LR χ^2 , $e(\chi^2)$,
 Prob>0, 'Ep') tstat

logistic AfD Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft
 andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern
 Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer
 Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land
 Parteibindung Alter Geschlecht

outreg2 using AfD, word addstat(Pseudo R-Quadrat, $e(r^2_p)$, LR χ^2 , $e(\chi^2)$,

Prob>0, 'Ep') tstat

logistic AfD Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft

andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern

Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer

Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land

Parteibindung Alter Geschlecht Einkommen

outreg2 using AfD, word addstat(Pseudo R-Quadrat, e(r2_p), LR chi2, e(chi2),

Prob>0, 'Ep') tstat

logistic AfD Kirchengang Religiosität Protestant Katholik christlicheGemeinschaft

andereGemeinschaft Gewerkschaft Arbeiter Arbeiterschicht Steuern

Einkommensunterschied Marktfreiheit Frauenquote Bildung Einwanderer

Schuldenkrise Zuzugsmöglichkeit Volksentscheid Energieversorgung Land

Parteibindung Alter Geschlecht Einkommen Wirtschaftslage

outreg2 using AfD, word addstat(Pseudo R-Quadrat, e(r2_p), LR chi2, e(chi2),

Prob>0, 'Ep') tstat

log close

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt und sie oder Teile davon auch nicht anderswo bereits zur Bewertung eingereicht habe.

München, 10. Juli 2015

Unterschrift